ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Article

Deutschland weiter im Abschwung

Konjunktur aktuell

Provided in Cooperation with:
Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2023) : Deutschland weiter im Abschwung, Konjunktur aktuell, ISSN 2195-8319, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 11, Iss. 3, pp. 68-97

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/278097

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

IWH
Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Konjunktur aktuell

3/2023
7. September 2023, 11. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH S. 68

Deutschland weiter im Abschwung

Die Weltwirtschaft verliert im Herbst 2023 weiter an Schwung. Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe und der globale Warenhandel stagnieren, gestiegene Leitzinsen verschlechtern das Investitionsklima. Die restriktive Wirtschaftspolitik drückt vor allem die europäische Konjunktur, welche zusätzlich von der Unsicherheit durch den russischen Angriffskrieg belastet wird. In Deutschland belasten die hohe Inflation, gestiegene Zinsen, eine schwache Auslandsnachfrage und Verunsicherung unter privaten Haushalten und Unternehmen die Wirtschaft. Die konjunkturellen Risiken sind für die Bauwirtschaft besonders hoch. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt 2023 um 0,5% zurückgehen, für das kommende Jahr wird ein Zuwachs von 0,9% prognostiziert.

Konjunktur aktuell: Deutschland weiter im Abschwung

Arbeitskreis Konjunktur des IWH*

Zusammenfassung

Die Weltwirtschaft verliert im Herbst 2023 weiter an Schwung. Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe und der internationale Warenhandel stagnieren, seit der pandemiebedingte Nachfrageschub im vergangenen Jahr abgeebbt ist, und die zur Inflationsbekämpfung gestiegenen Leitzinsen verschlechtern das Investitionsklima. Dabei ist der Preisauftrieb noch stark genug, um die Konsumnachfrage vielerorts zu dämpfen. Die Leitzinsen werden bis weit ins Jahr 2024 hoch bleiben müssen, denn in Nordamerika und Europa herrscht weiter Arbeitsknappheit, weshalb der Lohnkostendruck auf die Preise länger anhalten wird. Die insgesamt restriktive Wirtschaftspolitik drückt insbesondere die europäische Konjunktur, welche zudem von der Unsicherheit belastet wird, die der russische Angriffskrieg mit sich bringt. Auch die chinesische Wirtschaft befindet sich im Abschwung. Dagegen profitiert die robuste US-Konjunktur von den dort günstigen Wachstumsbedingungen.

Die deutsche Wirtschaft ist im Abschwung. Die Realeinkommensverluste aufgrund der hohen Inflation und die Verunsicherung durch die Energiekrise hatten die privaten Haushalte im Winterhalbjahr dazu gebracht, ihren Konsum einzuschränken und ihn im zweiten Quartal nicht wieder auszuweiten. Das Verarbeitende Gewerbe leidet unter hohen Energiekosten und schwacher Auslandsnachfrage. Der Fachkräftemangel war bislang wohl ausschlaggebend dafür, dass auch die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe ihre Beschäftigtenzahl sogar noch etwas ausgebaut haben. Damit ist aufgrund der pessimistischen Erwartungen für den Rest des Jahres nicht mehr zu rechnen. Die Investitionen in Bauten werden auch wegen der deutlich gestiegenen Finanzierungskosten deutlich sinken. Die Ausrüstungsinvestitionen bekommen dagegen von öffentlichen Ausgaben aus dem Sondervermögen Bundeswehr und von Abschreibungsmöglichkeiten aufgrund des Wachstumschancengesetzes einen kleinen Schub. Wichtiger ist, dass die höheren Energiepreise und der Umstieg auf Elektromobilität etliche Investitionen erzwingen werden. Zudem dürfte sich der private Konsum nach und nach etwas beleben, denn die real verfügbaren Einkommen werden mit sinkender Inflation langsam zunehmen. Alles in allem dürfte die Produktion in Deutschland im dritten Quartal 2023 zurückgehen und in den Folgequartalen wieder moderat expandieren.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2022 bis 2025

	2022	2023	2024	2025
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	1,8	–0,5	0,9	1,2
darunter: Ostdeutschland[1]	3,0	0,5	1,5	1,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	1,3	0,8	–0,2	–0,5
Tariflöhne je Stunde	2,2	3,7	3,5	3,0
Effektivlöhne je Stunde	4,3	5,5	4,1	3,6
Lohnstückkosten[2]	3,5	6,6	3,1	2,1
Verbraucherpreisindex	6,9	6,0	3,0	2,3
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	45 596	45 909	45 922	45 904
Arbeitslose[3]	2 418	2 596	2 589	2 470
in %				
Arbeitslosenquote[4]	5,3	5,6	5,6	5,4
darunter: Ostdeutschland[1]	6,7	7,1	7,0	6,8
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	–2,5	–2,0	–1,3	–1,2
Leistungsbilanzsaldo	4,2	6,2	6,3	6,3

[1] Ostdeutschland einschließlich Berlin. – [2] Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – [3] Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – [4] Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

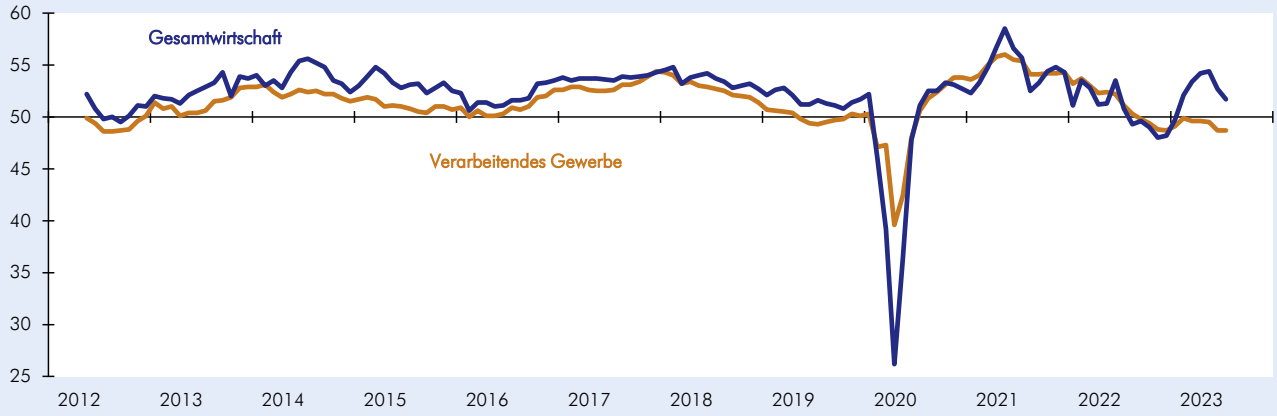
Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2025: Prognose des IWH (Stand: 07.09.2023).

* Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Kozyrev, Boris; Lindner, Axel; Mukherjee, Sukanya; Sardone, Alessandro; Schult, Christoph; Schultz, Birgit; Zeddies, Götz.

Robuste US-Konjunktur, schwächelnde Wirtschaft in China

Die Weltwirtschaft verliert im Herbst 2023 weiter an Schwung. In der ersten Jahreshälfte hatte sie recht deutlich expandiert, weil sich die Erholung vieler Dienstleistungen, etwa in der Tourismusbranche, von den Einbrüchen zur Zeit von Covid noch fortsetzte. Allerdings stagnieren die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe und der internationale Warenhandel seit der pandemiebedingte Nachfrageschub im vergangenen Jahr abgeebbt ist. Auch belasten in Europa die weiterhin erhöhten Energiepreise die Industrieproduktion, und die zur Inflationsbekämpfung außerhalb Chinas und Japans gestiegenen Leitzinsen (in den USA auf 5,5% und im Euroraum auf 4,25%) dürften das Investitionsklima bereits dämpfen. Die Inflationsraten sind im Allgemeinen gegenüber ihren letztjährigen Spitzenwerten gesunken, in den USA von 9,1% auf zuletzt 3,2% und im Euroraum von 10,2% auf 5,3%, hauptsächlich, weil sich der vom russischen Überfall ausgelöste Energiepreisschock bis zum vergangenen Winter wieder zurückbildete. Der Preisauftrieb ist aber noch stark genug, um die Konsumnachfrage vielerorts zu dämpfen. Dazu kommt, dass die privaten Haushalte ihre in der Pandemie aufgestaute Nachfrage nach Dienstleistungen mittlerweile normalisiert haben. Deshalb hat sich im Sommer die Stimmung auch in den Dienstleistungsbranchen eingetrübt (vgl. Abbildung 1).

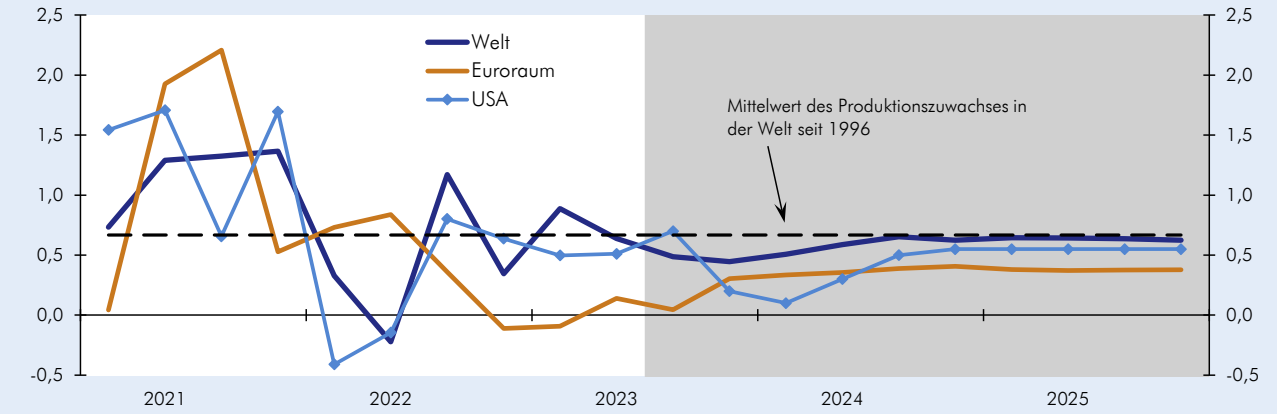
Abbildung 1
Globale Geschäftslage nach dem Purchasing Manager Index
Indexwert (50 = keine Veränderung)



Quelle: S&P Global.

Wenn das eben gezeichnete Bild für den Großteil der fortgeschrittenen Volkswirtschaften zutrifft, so sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen doch erheblich. Die US-Konjunktur erwies sich auch im zweiten Quartal mit einem Produktionszuwachs von 0,5% als robust (vgl. Abbildung 2).

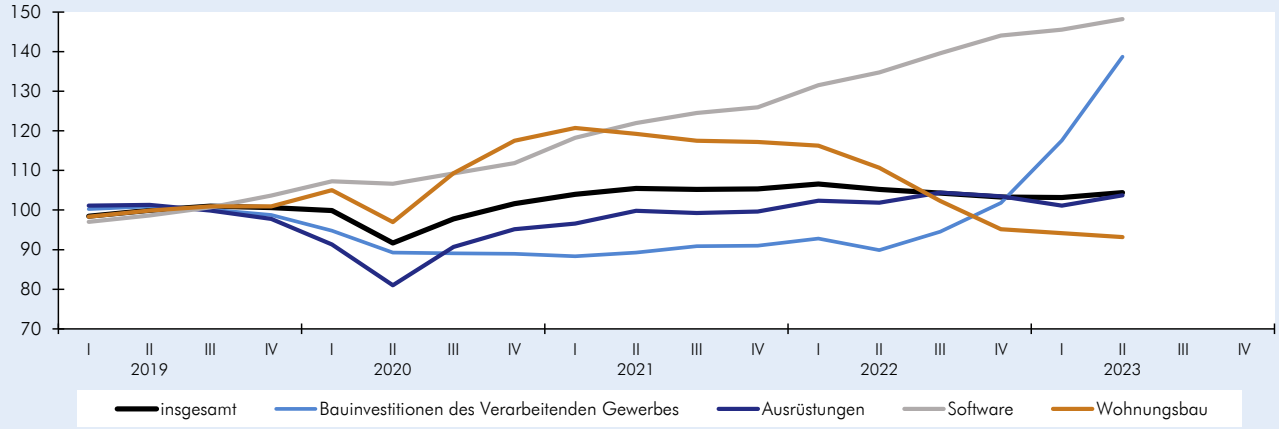
Abbildung 2
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums
Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IWF; Eurostat; nationale Statistikämter; 2023 bis 2025: Schätzung und Prognose des IWH.

Während der private Konsum nur moderat expandierte und die Wohnungsbauinvestitionen ihre Talfahrt fortsetzten, haben die restlichen Anlageinvestitionen mit 7,7% sehr kräftig zugenommen. Hier dürfte sich die Politik der Subventionierung von Investitionen in der Halbleiterbranche und für den Klimaschutz niederschlagen (CHIPS and Science Act sowie Inflation Reduction Act im August 2022). Dazu passt, dass es speziell die Bauinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe sind, die seit vergangenen Winter stark anziehen (vgl. Abbildung 3). Im Euroraum hat sich die Stagnation des Winterhalbjahrs in etwa fortgesetzt, und zwar sowohl im privaten Konsum als auch in der Produktion.

Abbildung 3
Preisbereinigte Anlageinvestitionen des privaten Sektors in den USA
Indizes, 2019 = 100



Quellen: Bureau of Economic Analysis; Darstellung des IWH.

Jeweils ganz eigene Züge trägt die Konjunktur in den beiden großen ostasiatischen Volkswirtschaften Japan und China. Die Zentralbanken der beiden Länder sind laut Bank für Internationalen Zahlungsausgleich die einzigen, welche die Leitzinsen seit Anfang 2022 nicht erhöht haben. Dabei lag die Verbraucherpreisinflation in Japan zuletzt mit 3,2% so hoch wie in den USA. Hintergrund ist die kräftige Yen-Abwertung aufgrund des größer gewordenen Rückstands der japanischen Zinsniveaus (zurzeit 0,5% für zehnjährige Staatsanleihen) gegenüber denen anderer Länder (etwa 4,2% für solche der USA). Die Produktion in Japan erhält von der gestiegenen preislichen Wettbewerbsfähigkeit japanischer Unternehmen einen kurzfristigen Schub: Der Zuwachs um 1,5% im zweiten Quartal geht zur Gänze auf einen günstigeren Außenbeitrag zurück.

Die chinesische Zentralbank hat ihre Leitzinsen zuletzt sogar ein wenig gesenkt, denn der Wirtschaft in China droht ein deutlicher Abschwung. Im zweiten Quartal fiel der Produktionszuwachs mit 0,8% für dortige Verhältnisse recht schwach aus, zumal nach dem späten Ende der Pandemie in China noch erhebliches Aufholpotenzial bestehen dürfte. Auf unterdurchschnittlich ausgelastete Kapazitäten deutet auch das in etwa stagnierende Preisniveau hin; Verbraucherpreise und Deflator des Bruttoinlandsprodukts waren zuletzt (im Juli bzw. im zweiten Quartal) sogar niedriger als im Vorjahreszeitraum. Der private Konsum hat, gemessen an den Einzelhandelsumsätzen, im Jahresverlauf kaum zugenommen. Auffällig ist, dass sich die vom nationalen Statistikamt veröffentlichte Konsumentenstimmung von einem Einbruch im Frühjahr 2022 auch nach Ende der Pandemierestriktionen nicht erholte; seit dem Frühjahr wird die Datenreihe nicht mehr fortgeschrieben, ebenso wie seit dem Sommer die zuletzt auf über 20% gestiegene Arbeitslosenquote unter Jugendlichen. Die Konjunkturschwäche ist zum Teil dem Umstand geschuldet, dass der Export unter der schwachen Weltnachfrage nach Industriegütern leidet. Wichtiger für die gegenwärtige Verunsicherung von Unternehmen und Haushalten ist die schlechte Lage des Immobiliensektors. Sein Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Produktion ist in China besonders groß, wird aber aufgrund der schrumpfenden Bevölkerung mittelfristig zurückgehen. Derzeit bringen schwache Absatzzahlen einige große Projektentwickler an den Rand der Insolvenz, Bauprojekten droht die Einstellung der Arbeiten und privaten Haushalten der Verlust ihrer vorgeschossenen Mittel. Für die allgemeine Verunsicherung noch wichtiger als die Krise des Bausektors ist wohl der verbreitete Eindruck, dass die Politik in China nicht mehr wie früher vornehmlich darauf ausgerichtet ist, den Wohlstand im Lande rasch zu steigern, sondern dass der Bevölkerung Opfer zugemutet werden, wenn es der politischen Führung zur Erreichung bestimmter Ziele erforderlich erscheint. Zu diesem Bild passt auch, dass die Zentralbank nur mit geringen Leitzinssenkungen auf die jüngste Verschlechterung der Konjunktur in China reagiert hat.

In den anderen großen Währungsräumen ist an Leitzinssenkungen kaum zu denken. Die Inflationsraten sind im Euroraum, aber auch in den USA noch deutlich über dem geldpolitischen Ziel von 2%, und es ist nicht damit zu rechnen, dass sie in den nächsten Quartalen so rasch sinken werden wie zuvor. Zwar sind die Rohstoff- und Energiepreise zurzeit (etwa ausweislich des HWWI-Rohstoffpreisindexes) etwas niedriger als vor einem Jahr, der Rohölpreis ist aber im Sommer wegen einer Angebotsverknappung vonseiten Saudi-Arabiens und Russlands wieder etwas gestiegen. Vor allem kommt aber die Teuerung in Nordamerika und Europa mittlerweile wesentlich von den Dienstleistungen. Deren Preisdynamik hängt stark von den Löhnen ab, und diese waren in den USA im zweiten Quartal 2023 um 4½% höher als ein Jahr zuvor, im Euroraum dürften es etwa 5½% gewesen sein. Auch weil in beiden Wirtschaftsräumen weiter Arbeitsknappheit herrscht und die Lohndynamik generell träger ist als die vieler Preise, wird der Lohnkostendruck auf die Preise noch länger anhalten. Aufgrund der immer noch starken Preisdynamik dürfte die EZB ihre Leitzinsen im September erneut um einen viertel Prozentpunkt anheben. Erst wenn im Lauf des Jahres 2024 die Verbraucherpreisinflation in Nordamerika und Europa deutlich unter 3% sinkt, gibt es Spielraum für eine Lockerung der Geldpolitik. Die Finanzmärkte rechnen mit ersten Leitzinssenkungen in den USA und im Euroraum für Sommer nächsten Jahres. Die Kapitalmarktzinsen sind den Sommer über noch etwas gestiegen, gemessen an Renditen zehnjähriger Staatstitel bis Ende August in den USA auf 4,2% und in Deutschland auf 2,5%. Der Zinsanstieg ist wohl ein Grund dafür, dass die Aktienbewertungen im Sommer nach erheblichen Kursgewinnen in der ersten Jahreshälfte zuletzt wieder etwas zurückgegangen sind.

Die Finanzpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wirkt in diesem und im nächsten Jahr leicht restriktiv. In den USA schränkt die im Juni erzielte Einigung zwischen Weißem Haus und Kongress über die Schuldenobergrenze die diskretionären Ausgaben stark ein. Allerdings geben die Subventionen von Investitionen im Halbleiter- und Energiebereich der Wirtschaft spürbare Impulse. Im Euroraum fallen viele staatliche Programme zur Dämpfung der Energiekostenbelastung der Privaten aufgrund des starken Energiepreisverfalls deutlich geringer aus als ursprünglich erwartet.

Aufgrund der insgesamt restriktiven Wirtschaftspolitik dürfte sich die internationale Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte 2023 weiter abschwächen. Für das Jahr 2024 ist mit keiner baldigen wirtschaftspolitischen Wende zu rechnen, denn es wird den Zentralbanken in Nordamerika und Europa schwerfallen, die Inflationsraten in Nähe der Zielraten zu drücken, und die staatlichen Schuldenstände sind in der Pandemie so stark gestiegen, dass eine fiskalpolitische Konsolidierung in vielen Ländern geboten ist. Auch belasten höhere Militärausgaben die öffentlichen Haushalte, insbesondere in Europa, das zudem unter der Unsicherheit zu leiden hat, die der russische Angriffskrieg mit sich bringt. Die chinesische Konjunktur dürfte im laufenden Jahr schwach bleiben und erst im Jahr 2024 wieder etwas Fahrt aufnehmen, das Wirtschaftswachstum dürfte aber nicht mehr so hoch wie in den Jahren vor der Pandemie ausfallen. Dagegen deuten die Frühindikatoren für die USA auf einen wiederum recht kräftigen Zuwachs im dritten Quartal hin. Danach wird sich die Konjunktur aufgrund der restriktiven Geldpolitik zwar wohl deutlich abschwächen, die US-Produktion dürfte aber auch im Jahr 2024 expandieren, denn die strukturellen Wachstumsbedingungen sind günstig: Der technische Fortschritt über neue digitale Technologien wie Künstliche Intelligenz vollzieht sich vor allem in den USA, und auch die demografischen Voraussetzungen sind in den USA günstiger als in Europa oder China.

Alles in allem steigt die Weltproduktion nach vorliegender Prognose im Jahr 2023 um 2,6% und im Jahr 2024 um 2,3% (vgl. Tabelle A1). Für das Jahr 2025 beinhaltet die Prognose eine Expansionsrate von 2,6%. Der Welthandel mit Gütern ist dieses Jahr um 1,3% niedriger als 2022. Darin schlägt sich der deutliche Rückgang im vergangenen Winterhalbjahr und die Stagnation im zweiten Quartal nieder, für den weiteren Jahresverlauf ist mit moderaten Zuwächsen zu rechnen. Für 2024 wird eine Expansion des Handels von 2,2% prognostiziert, für 2025 von 2,5%. Die Teuerung wird in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften zwar nach und nach abebben, aber erst im Lauf des Jahres 2024 kommt die Inflation in den USA, im Euroraum und in Großbritannien allmählich wieder in die Nähe der geldpolitischen Zielraten von 2%.

Gegenwärtig liegt ein Hauptrisiko für die internationale Konjunktur in China. Dem chinesischen Immobiliensektor droht eine Insolvenzwelle, die den Konsum der privaten Haushalte in China ebenso wie die dortigen Investitionen treffen könnte. Die chinesische Güternachfrage ist für viele rohstoffexportierende Schwellenländer und nicht zuletzt für die deutsche Exportindustrie von großer Bedeutung. Europa ist kriegsbedingt weiterhin dem Risiko von Unterbrechungen der Energieversorgung ausgesetzt. Schließlich stellt die Wetteranomalie El Niño besonders für Entwicklungsländer ein erhebliches Konjunkturrisiko dar: Bis zum kommenden Frühjahr ist für weite Teile der Welt teils mit Dürren, teils mit ungewöhnlich heftigen Niederschlägen zu rechnen, welche insbesondere die landwirtschaftliche Produktion, aber etwa auch die Energieversorgung im Bergbau gefährden könnten.

Kasten 1

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,09 US-Dollar/Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist etwas geringer als im Schnitt der vergangenen fünf Jahre. Der Welthandel (Güter) dürfte im Jahr 2023 um 1,3% zurückgehen und in den beiden folgenden Jahren um je 2¼% steigen. Ferner wird davon ausgegangen, dass die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Hauptrefinanzierungssatz von gegenwärtig 4,25% im Herbst um einen viertel Prozentpunkt anhebt und ihn beginnend mit dem zweiten Quartal 2024 langsam wieder senken wird. Der Preis für Erdöl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des zweiten Halbjahres 2023 bei 84 US-Dollar je Barrel, im Jahr darauf bei durchschnittlich 80 und im Jahr 2025 bei 77 Dollar. Der Großhandelspreis für Gas in Europa steigt bis in die Wintermonate 2023/24 auf etwa 54 Euro je Megawattstunde, liegt im Sommerhalbjahr 2024 bei 52 Euro und im Winter 2024/25 bei 57 Euro. Danach sinkt er bis Ende 2025 auf 47 Euro. Der Durchschnittspreis für Erdgas, den private Haushalte zu zahlen haben, liegt im zweiten Halbjahr 2023 bei 10 Cent und im Jahr 2024 – bedingt durch die Anhebung der Umsatzsteuer auf 19% – bei 10,6 Cent je Kilowattstunde.

Die Finanzpolitik in Deutschland ist im Jahr 2023 expansiv ausgerichtet. Dies geht einerseits auf Steuererleichterungen, etwa durch das Inflationsausgleichsgesetz, die temporäre Senkung der Umsatzsteuer auf Erdgas oder die steuer- und beitragsfreie Inflationsausgleichsprämie, andererseits auf staatliche Mehrausgaben zur Abfederung des Verbraucherpreisanstiegs und für die Landesverteidigung und den Klimaschutz zurück. Demgegenüber entfallen die in den zurückliegenden Jahren hohen Corona-bedingten staatlichen Mehrausgaben. Zudem entfallen einige Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Energiepreisanstieg aus dem Vorjahr bereits wieder, etwa die Energiepreispauschale, der Tankrabatt oder Unternehmenshilfen. Zudem hat sich der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung zu Jahresbeginn erhöht, und der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wurde zum 1. Januar 2023, der zur Pflegeversicherung zum 1. Juli 2023 angehoben. Dennoch ergibt sich im laufenden Jahr ein expansiver Impuls aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen in Höhe von 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im Jahr 2024 schwenkt die Finanzpolitik auf einen restriktiven Kurs ein. Zwar ergeben sich aus der geplanten Unternehmensteuerreform (Wachstumschancengesetz) neue und aus dem Inflationsausgleichsgesetz weitere spürbare steuerliche Entlastungen. Zudem dürften die staatlichen Ausgaben für Klimaschutzmaßnahmen, für die Landesverteidigung und für die Sanierung der Verkehrsinfrastruktur deutlich ausgeweitet werden. Nachfragedämpfend wirkt dann aber vor allem das Auslaufen der Strom- und Gaspreisbremse. Auch endet die temporäre Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Erdgasprodukte und in der Gastronomie. Zudem führen Änderungen bei der Lkw-Maut und die deutliche Anhebung der CO_2-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr zu deutlichen staatlichen Mehreinnahmen. Schließlich dürfte auch im Jahr 2024 der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung erneut steigen und die Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung wirkt dann erstmals ganzjährig. Alles in allem beläuft sich der daraus resultierende restriktive Impuls aus finanzpolitischen Maßnahmen im Jahr 2024 auf 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2025 dürfte die Finanzpolitik nach jetzigem Stand leicht restriktiv ausgerichtet sein.

Privater Konsum erholt sich in Deutschland nur langsam, Bauproduktion im Minus

Die deutsche Wirtschaft ist seit vergangenem Sommer im Abschwung. Nachdem die Produktion im vergangenen Winterhalbjahr sogar leicht gesunken war, hat sie **im zweiten Quartal 2023** stagniert (vgl. Tabelle A6). Damit ist das Niveau des Bruttoinlandsprodukts kaum höher als Ende 2019 kurz vor Ausbruch der Pandemie, der private Konsum ist sogar um 1,8% niedriger. Die Realeinkommensverluste aufgrund der hohen Inflation und die starke Verunsicherung durch die Energiekrise hatten die privaten Haushalte im Winterhalbjahr dazu gebracht, ihren Konsum einzuschränken, zuletzt sind die Realeinkommen aber nicht mehr gesunken, und der Konsum hat sich stabilisiert. Der Staatskonsum hat ebenfalls in etwa stagniert, nachdem er seit dem Ende der Pandemie im Frühjahr letzten Jahres stetig zurückgefahren wurde, sodass er nun wieder im Bereich seines langfristigen, deutlich aufwärts gerichteten

Trends liegt. Verhalten ausgeweitet (um 0,4%) wurden die Anlageinvestitionen. Dabei ist die Stagnation im Wohnungsbau angesichts der witterungsbedingt starken Bautätigkeit zu Beginn des Jahres und der jüngsten Einbrüche von Baugenehmigungen und Aufträgen eine positive Überraschung. Auch weil es gegenwärtig kaum noch Materialknappheiten gibt, konnten wohl viele bereits in Angriff genommene Bauprojekte fortgesetzt werden. Rückläufig, und zwar mit –1,1% in etwa so wie der Welthandel insgesamt, waren die Exporte, während die Importe auf Vorquartalsniveau blieben.

Während das deutsche Bruttoinlandsprodukt stagniert hat, ist die **Bruttowertschöpfung** um 0,5% zurückgegangen. Die Differenz zwischen Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung bildet die Größe „Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen“, und diese schwankt seit Ausbruch der Pandemie stärker als zuvor. Ein Grund dafür sind große Schwankungen von Relativpreisen zwischen Gütern, die verschieden besteuert werden. Abweichungen zwischen der Veränderung von realem Bruttoinlandsprodukt und realer Bruttowertschöpfung gleichen sich in den Folgequartalen erfahrungsgemäß wieder aus. So ist die Differenz im zweiten Quartal 2023 auch als Gegenbewegung zum ersten Quartal zu sehen, als die Zuwachsrate der Bruttowertschöpfung die des Bruttoinlandsprodukts um 0,3 Prozentpunkte übertraf. Im Verarbeitenden Gewerbe hat die Wertschöpfung wie schon im ersten Quartal im zweiten ungefähr stagniert (vgl. Tabelle A13), so wie es mit der weltweiten Industrieproduktion auch der Fall ist. Während die deutsche Automobilproduktion auf Erholungskurs ist, geht es mit den energieintensiven Wirtschaftszweigen weiter abwärts. So produziert die deutsche Chemieindustrie etwa 20% unter dem Niveau von vor Beginn der Energiekrise Anfang 2022. Schon das dritte Quartal in Folge sank die Wertschöpfung im Wirtschaftszweig Handel, Verkehr und Gastgewerbe. Hier schlägt sich die schwache Nachfrage der privaten Haushalte nieder.

Auch im Juli haben sich die Haushalte mit Käufen zurückgehalten; darauf deuten die rückläufigen Einzelhandelsumsätze hin. Dennoch dürfte sich der Konsum im Lauf des zweiten Halbjahrs wieder etwas beleben, denn die **real verfügbaren Einkommen** dürften aufgrund der abnehmenden Preisdynamik wie schon im zweiten so auch in den kommenden Quartalen langsam zunehmen. Das gilt insbesondere für die Arbeitseinkommen, denn die Effektivlöhne dürften (auch wegen vieler Inflationsausgleichsprämien) im zweiten Halbjahr etwas schneller als die Verbraucherpreise zunehmen, und die Beschäftigung expandiert weiter, allerdings langsamer als zuvor, denn die schwache Konjunktur hinterlässt jetzt auch Spuren auf dem bislang so robusten Arbeitsmarkt. So geht die Zahl der offenen Stellen zurück, und das ifo Beschäftigungsbarometer deutet nur noch im (freilich besonders großen) Dienstleistungsbereich auf eine Zunahme der Beschäftigung hin.

Der strukturelle Fachkräftemangel war bislang wohl ausschlaggebend dafür, dass auch die **Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe** ihre Beschäftigtenzahl trotz Energiekrise und Stagnation der Produktion nicht verringert und sogar noch etwas ausgebaut haben. Damit ist für den Rest des Jahres nicht mehr zu rechnen, denn Indizes für die Stimmung in Unternehmen wie das ifo Geschäftsklima oder der Economic Sentiment Indicator der Europäischen Kommission sind derzeit in etwa so tief wie im Herbst letzten Jahres, als Energieengpässe drohten, und nur in wenigen Monaten während der Pandemie und in der Finanzkrise war die Stimmung noch schlechter. Zum Teil ist der Grund dafür die weltweit schwache Nachfrage nach Produkten des Verarbeitenden Gewerbes, zumal mit China und Mittelosteuropa zwei für die deutschen Exporteure besonders wichtige Absatzräume im Abschwung sind. Allerdings sind beides im Trend schnell wachsende Wirtschaftsräume, deren Nachfrage im kommenden Jahr wieder etwas anziehen dürfte.

Ginge es nur nach der pessimistischen Stimmung in den Unternehmen, müssten die **Investitionen** noch deutlich schwächer sein als im ersten Halbjahr 2023. Allerdings werden die Ausrüstungsinvestitionen im Prognosezeitraum von einigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen gestützt, etwa durch öffentliche Ausgaben aus dem Sondervermögen Bundeswehr, aber auch das Wachstumschancengesetz. Wichtiger ist aber, dass die gegenwärtigen Herausforderungen, etwa die höheren Energiepreise oder der Umstieg auf Elektromobilität, ohne Investitionen für viele Unternehmen nicht zu bewältigen sein werden. Die Investitionen in Bauten werden allerdings von den deutlich gestiegenen Finanzierungskosten stark gedämpft. Auch deshalb werden die Bauinvestitionen wohl noch das ganze kommende Winterhalbjahr über abnehmen.

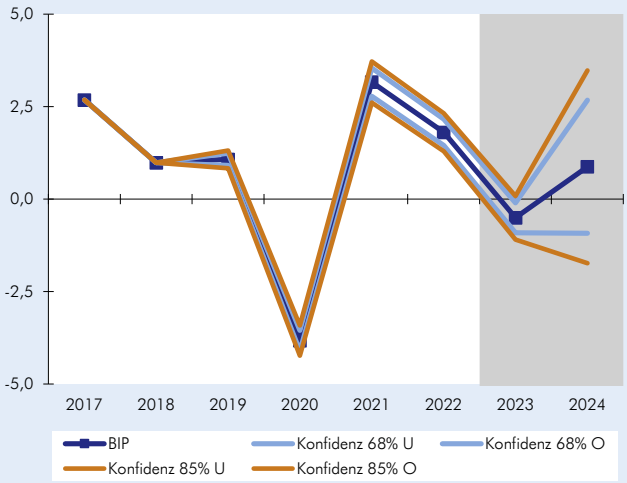
Alles in allem dürfte die Produktion in Deutschland im dritten Quartal 2023 zurückgehen und erst ab dem Schlussquartal wieder moderat expandieren. Für das Gesamtjahr 2023 ergibt sich ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,5% (vgl. Tabelle in der Zusammenfassung). Die IWH-Prognose vom Juni 2023 wird somit um 0,2 Prozentpunkte

nach unten revidiert (vgl. Tabelle A5).[1] Ein Teil der Korrektur geht auch auf Revisionen der VGR durch das Statistische Bundesamt zurück (vgl. Kasten 2). Für das Jahr 2024 wird ein Anstieg um 0,8% prognostiziert. Die Kapazitäten sind im Jahr 2023 um 1,1% unterausgelastet, die Lücke schließt sich im Verlauf der Jahre 2024 und 2025 (vgl. Tabelle A8 und Kasten 3). Für das Jahr 2023 reicht das 68%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von –0,7% bis –0,1%, für 2024 von –0,9% bis 2,7% (vgl. Abbildung 4).[2] Die Erwerbstätigkeit dürfte im Jahr 2023 um 0,7% zulegen, in den Jahren 2024 und 2025 bleibt sie konstant. Die Arbeitslosenquote liegt in den Jahren 2023 und 2024 bei 5,6% und sinkt im Jahr 2025 auf 5,4%. Für das Jahr 2023 ist bei der hier unterstellten Preisentwicklung für Erdgas und Erdöl mit einer Inflationsrate für den Verbraucherpreisindex von 6,0%, für 2024 mit 3,0%, und für 2025 von 2,3% zu rechnen. Damit ist auch im Jahr 2025 die Inflation noch über dem Zielwert der EZB. Der Leistungsbilanzsaldo der deutschen Volkswirtschaft dürfte dieses Jahr 6,2% betragen, für die Jahre 2024 und 2025 ist jeweils mit 6,3% zu rechnen.

Abbildung 4

Prognoseunsicherheit[1]

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



[1] Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken – wie der Coronakrise – ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Kasten 2

Zur jüngsten Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Das Zahlenwerk der Volkwirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) wurde im August 2023 durch das Statistische Bundesamt turnusgemäß wie üblich für die vergangenen vier Berichtsjahre revidiert. Gemessen an vorherigen Revisionen liegen die jüngsten Korrekturen für den Zeitraum 2019 bis 2022 für den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in der im Juni 2021 erwarteten Revisionsspanne.[K2]

Die Aufwärtskorrektur des Zuwachses im Jahr 2021 um 0,6 Prozentpunkte (von 2,6% auf 3,2%) ist verwendungsseitig maßgeblich auf eine stärkere Expansionsrate der Binnennachfrage zurückzuführen. Die Jahreszuwachsrate der Binnennachfrage für 2021 liegt nun bei 2,5% (zuvor 1,9%). Dies geht vor allem auf Revisionen des privaten Konsums (+1,1 Prozentpunkte) zurück. Bedingt durch die nun vorliegenden Kosten- und Strukturstatistiken gab es im Jahr 2021 entstehungsseitig Aufwärtsrevisionen im Verarbeitenden Gewerbe (+4,3), bei Information und Kommunikation (+4,2) und bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern (+6.5) sowie eine kräftige Abwärtsrevision um 6,5 Prozentpunkte im Baugewerbe.

K2 Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH*: Belebung in Dienstleistungsbranchen, aber zunächst weiter schwache Industriekonjunktur, in: Konjunktur aktuell, Jg. 11 (2), 2023, 8.

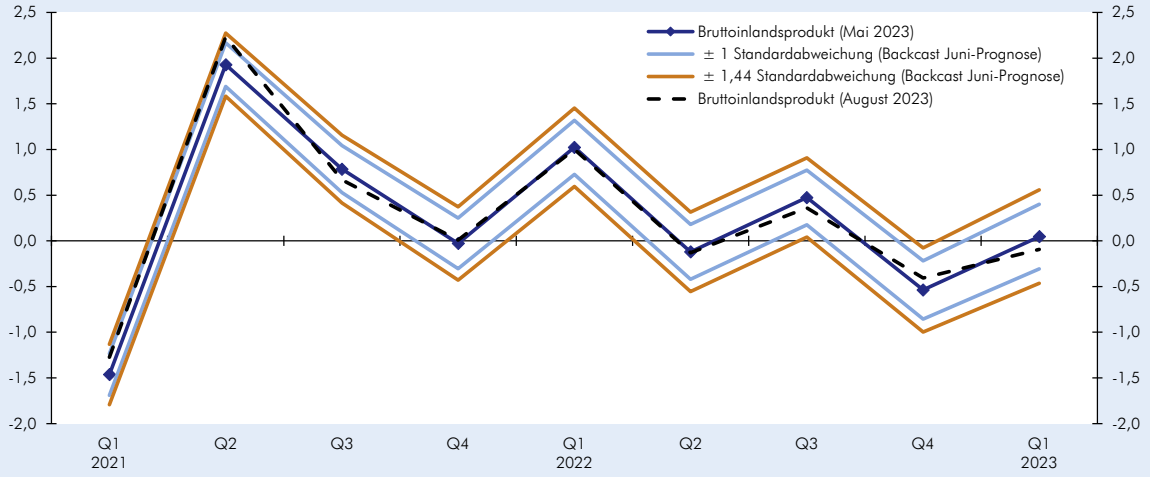
1 Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH:* Belebung in Dienstleistungsbranchen, aber zunächst schwache Industriekonjunktur, in: Konjunktur aktuell, Jg. 11 (2), 2023.

2 Das 68%-Prognoseintervall überlagert die tatsächliche Wachstumsrate mit einer Wahrscheinlichkeit von 68% – sofern das Basisszenario zutreffend ist. Zur Berechnung werden die Prognosefehler für den Zuwachs des IWH aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d.h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Abbildung K2

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf, Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die Revision der vierteljährlichen Expansionsrate des Bruttoinlandsprodukts wurde für die meisten Quartale im Vergleich zum bisherigen Datenstand in einem Umfang revidiert, der innerhalb der 68%-Revisionsspanne liegt (vgl. Abbildung K2). Nur für das erste Quartal 2020 wurde die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts etwas stärker nach unten revidiert als erwartet.

Die **Hauptrisiken** für die deutsche Konjunktur entsprechen zum einen den im internationalen Teil für die Weltkonjunktur beschriebenen Risiken. Es gibt aber auch Unsicherheiten, die für Deutschland spezifisch sind. Besonders hoch ist das Risiko der Bauwirtschaft, nicht aus ihrer Kostenkrise herauszukommen.[3] Die Finanzierungskosten sind stark gestiegen, Vorleistungsgüter sind, trotz der jüngsten Preisrückgänge, deutlich teurer als noch vor wenigen Jahren, und die Produktivität am Bau hat einen fallenden Trend. Der Wohnungsbau wird sich aber erst dann wieder erholen, wenn die Kosten so weit gefallen sind, dass sich die Erstellung von Wohnraum für Normalverdiener wieder rechnen kann. Es ist eine offene Frage, ob eine so starke Kostenreduktion unter den gegebenen institutionellen Rahmenbedingungen überhaupt möglich ist.

Der **gesamtstaatliche Finanzierungssaldo** wird im Jahr 2023 zwar deutlich negativ bleiben, sich aber dennoch etwas erhöhen, weil die Einnahmen etwas stärker expandieren als die Ausgaben. Zwar werden die Steuereinnahmen vor dem Hintergrund der schwachen Konjunktur und spürbarer steuerlicher Entlastungen nur verhalten expandieren. Bei den Nettosozialbeiträgen wirken hingegen die Anhebung der Beitragssätze zur Arbeitslosen- und Pflegeversicherung ebenso wie der Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung einnahmesteigernd. Die Ausgaben des Staates expandieren hingegen deutlich schwächer. Zwar hat der Staat vor allem mit der Strom- und Gaspreisbremse auch für das laufende Jahr umfangreiche Maßnahmen zur Abfederung der Konsequenzen der hohen Verbraucherpreisinflation ergriffen. Dagegen entfallen aber andere entlastende Maßnahmen aus dem Vorjahr ebenso wie Corona-bedingte öffentliche Ausgaben. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo dürfte sich von –2,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 auf –2,0% im laufenden Jahr erhöhen. Im Jahr 2024 dürften die Einnahmen des Staates mit der wiederanziehenden Konjunktur beschleunigt zulegen. Während bei den Nettosozialbeiträgen Beitragssatzanhebungen erneut einnahmesteigernd wirken, führen bei den Steuern unter anderem das Auslaufen der temporären Umsatzsteuersenkung auf Erdgas und in der Gastronomie zu Mehreinnahmen. Auf der Ausgabeseite dürften zwar die geleisteten Vermögenseinkommen (Zinsen) erneut spürbar zunehmen, demgegenüber laufen aber die Strom- und die Gaspreisbremse aus, so dass die Ausgaben des Staates erneut weniger zunehmen als die Einnahmen.

[3] Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur des IWH:* Gasspeicher voll – Konjunkturaussichten weniger trüb, Kasten 1 – Kostenkrise am Bau, in: Konjunktur aktuell, Jg. 11 (1), 2023, 8–10.

Tabelle 1

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates

in Milliarden Euro

	2022	2023	2024	2025
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	–96,9	–82,5	–58,1	–55,9
– Konjunkturkomponente[1]	6,5	–22,2	–17,2	–4,4
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	–103,4	–60,3	–40,8	–51,4
– Einmaleffekte[2]	–8,5	0,0	0,0	0,0
= Struktureller Finanzierungssaldo	–94,9	–60,3	–40,8	–51,4
+ Zinsausgaben des Staates	26,5	33,4	37,6	41,8
= Struktureller Primärsaldo	–68,4	–26,9	–3,3	–9,7
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	25,5	41,5	23,6	–6,4
Nachrichtlich:	*In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %*			
Struktureller Finanzierungssaldo	–2,4	–1,5	–0,9	–1,1
struktureller Primärsaldo	–1,8	–0,6	–0,1	–0,2
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	0,8	1,1	0,6	–0,1

[1] Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. – [2] Abwicklung der HSH Nordbank, Gerichtsurteile, Bußgeldzahlungen im Zusammenhang mit manipulierten Abgaswerten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

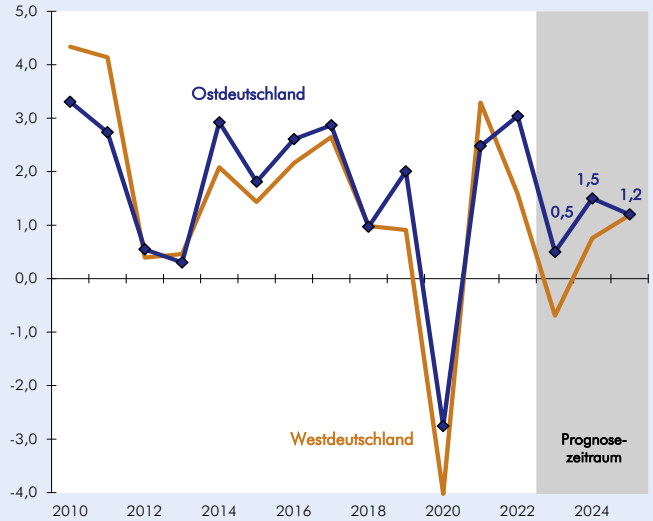
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt dürfte der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo dann bei –1,3% liegen. Im Jahr 2025 verharrt der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo auf ähnlichem Niveau. Der um konjunkturelle und Einmaleffekte bereinigte strukturelle Finanzierungssaldo erhöht sich von –2,4% im Jahr 2022 auf –1,1% im Jahr 2025. Der strukturelle Primärsaldo dürfte sich mit der zunehmend restriktiv ausgerichteten Finanzpolitik von –1,8% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 auf nahe null Prozent im Jahr 2025 erhöhen (vgl. Tabelle 1).

Der Abschwung trifft die deutsche Wirtschaft im Osten wie im Westen. So hat die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in **Ostdeutschland** zuletzt kaum noch zugenommen, im Juni um 0,3% gegenüber Vorjahresmonat (Deutschland insgesamt: 0,7%). Allerdings sprechen Umsätze und Auftragseingänge im ersten Halbjahr für eine in Ostdeutschland etwas höhere Dynamik im Verarbeitenden Gewerbe. Hier dürfte eine Rolle spielen, dass in Grünheide die Autoproduktion weiter hochgefahren worden ist, aber auch in anderen neuen Werken wie der CATL-Batteriefabrik in Erfurt die Arbeit aufgenommen wurde. Zudem entwickeln sich die verfügbaren Einkommen in Ostdeutschland schon seit einigen Jahren günstiger als im Westen. So lagen die ostdeutschen realen Bruttolöhne und -gehälter im Jahr 2022 um 19,5% über ihrem Niveau von 2015, die westdeutschen nur um 16,1%. Im Jahr 2023 werden die Einkommen durch die Erhöhung des im Osten besonders häufig gezahlten Mindestlohns (auf 12 Euro je Stunde ab Oktober 2022) gestützt. Zudem wird die gesetzliche Rente um 5,9% und damit um 1,5 Prozentpunkte stärker erhöht als im Westen. Alles in allem dürfte die ostdeutsche Produktion in diesem Jahr mit 0,5% zulegen, während sie in Deutschland insgesamt wohl um diesen Prozentsatz sinkt. (vgl. Abbildung 5). Die ostdeutsche Arbeitslosenquote steigt allerdings auf 7,1%. In den kommenden Jahren dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland nur noch wenig stärker als das in Gesamtdeutschland expandieren, denn die verfügbaren Einkommen legen kaum mehr stärker zu als im Westen, weil die Zahl der Beschäftigten aus demografischen Gründen sinkt. Zudem gibt es ab 2024 keine höheren Rentensteigerungen, denn die Angleichung des Rentenwertes zwischen Ost und West wird schon im laufenden Jahr erreicht.

Abbildung 5

Das reale Bruttoinlandsprodukt in Ost- und Westdeutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Statistisches Bundesamt; Berechnungen und ab 2023 Prognose des IWH.

Kasten 3

Zur Schätzung des Produktionspotenzials

Das IWH greift zur Bestimmung des Produktionspotenzials auf die Methode zurück, die auch von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Unter Anwendung dieser Methode ergibt sich für den Projektionszeitraum bis 2028 ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 0,7% (vgl. Tabelle K3).

Tabelle K3

Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode

Jahresdurchschnittliche Veränderung in %[1]

	1996-2022[2]		1996-2022		2022-2028	
Produktionspotenzial	1,3		1,2		0,7	
Kapitalstock	1,5	(0,5)	1,5	(0,5)	1,1	(0,4)
Solow-Residuum	0,6	(0,6)	0,6	(0,6)	0,4	(0,4)
Arbeitsvolumen	0,2	(0,2)	0,2	(0,1)	–0,1	(–0,1)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0		0,0		0,1	
Partizipationsquote	0,5		0,5		0,2	
Erwerbsquote	0,2		0,2		–0,1	
Durchschnittliche Arbeitszeit	–0,5		–0,4		–0,3	
Nachrichtlich:						
Arbeitsproduktivität	1,0		1,0		0,9	

[1] Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – [2] Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Die Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung orientiert sich an der Variante W2-G2-L2 der Anfang Dezember 2022 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, welcher moderate Annahmen zu Wanderung, Geburtenrate und dem Anstieg der Lebenserwartung zugrunde liegen. In der vorliegenden Projektion wurde diese um den tatsächlichen Bevölkerungsstand zum Jahresende 2022 aktualisiert. Zudem werden aktuelle Daten zur Wanderung sowie der Zahl beantragter Aufenthaltstitel berücksichtigt und die Migrationsbewegung aus der Ukraine explizit als Sondereffekt betrachtet. Die in der Bevölkerungsvorausberechnung unterstellte kontinuierliche Rückführung des Wanderungssaldos auf 250 000 Personen im Jahr 2033 wird daher nur auf die übrige Wanderung angewandt. Der Wanderungssaldo belief sich im vergangenen Jahr auf knapp 1,5 Millionen (davon 960 000 aus der Ukraine) und in diesem Jahr auf etwa 530 000 (davon 80 000 Ukrainer). Ab dem Jahr 2024 ist keine kriegsbedingte Nettozuwanderung aus der Ukraine unterstellt, die übrige Zuwanderung geht von 450 000 schrittweise zurück.

Darüber hinaus werden für die Geflüchteten aus der Ukraine weitere Annahmen getroffen. So wird hinsichtlich der Altersstruktur angenommen, dass der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) 60% beträgt. Ihre Partizipationsquote steigt über den gesamten Projektionszeitraum von 47% auf 70%.

Unter diesen Annahmen wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15–74 Jahre) zunächst noch leicht zunehmen und erst ab dem Jahr 2025 im Zuge der Alterung allmählich sinken. Über den gesamten Zeithorizont nimmt sie um knapp 224 000 Personen auf 63 Mio. im Jahr 2028 zu. Dabei wird die Partizipation aufgrund der zunächst niedrigen Beteiligung ukrainischer Flüchtlinge leicht zurückgehen und erst ab dem Jahr 2026 wieder zunehmen. Die trendmäßige Partizipationsquote wird über den gesamten Projektionszeitraum von 74,7% auf 75,6% steigen.

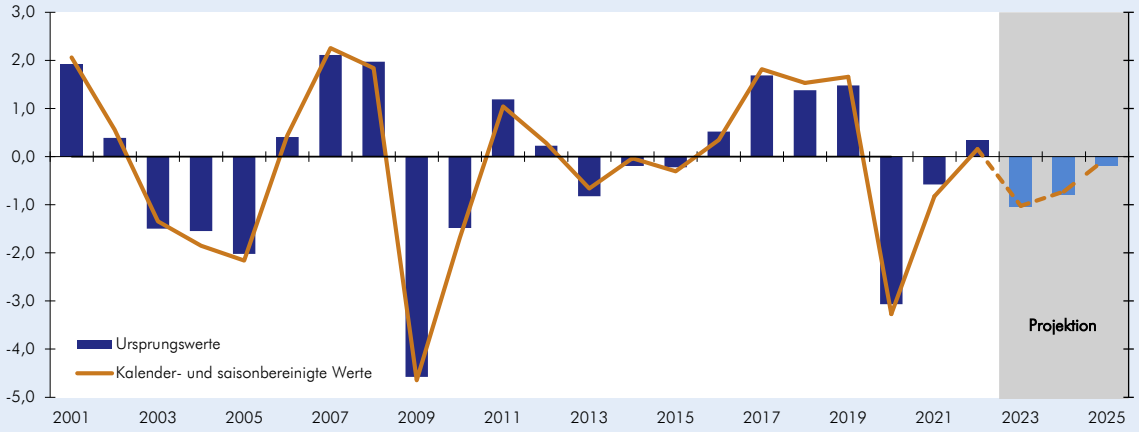
Die strukturelle Erwerbslosenquote (NAWRU) wird im Jahr 2028 methodenbedingt mit 3,6% etwas höher liegen als im Jahr 2022 (2,9%).

Die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer geht in der kurzen Frist leicht zurück. Ab dem Jahr 2026 wird sie mit Hilfe eines Zeitreihenmodells fortgeschrieben, wobei die außerordentlich niedrige Arbeitszeit im Jahr 2020 als Sondereffekt berücksichtigt wird. Die trendmäßige Arbeitszeit geht im Projektionszeitraum weiter zurück, jedoch weniger stark als in den Jahren zuvor. Über den gesamten Zeitraum sinkt die im Jahr geleistete Arbeitszeit um etwa 22 Stunden.

Alles in allem wird das potenzielle Arbeitsvolumen infolge der hohen Nettozuwanderung in diesem Jahr noch zunehmen und ab dem Jahr 2024 abnehmen. In der mittleren Frist dämpfen bis auf die ansteigende Partizipationsrate alle Faktoren. Über den gesamten Projektionszeitraum nimmt das potenzielle Arbeitsvolumen jahresdurchschnittlich um reichlich 0,1% ab und dämpft damit das Potenzialwachstum um 0,1 Prozentpunkt.

Der Kapitalstock, der auf Basis der Prognose der Bruttoanlageinvestitionen und der Abgangsquote fortgeschrieben wird, wird der Projektion zufolge um durchschnittlich 1,1% pro Jahr ausgeweitet werden und damit 0,4 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen TFP wird im Projektionszeitraum 0,4% betragen und 0,4 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen.

Abbildung K3
Produktionslücke
In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandproduktes ergibt sich damit für dieses Jahr eine Produktionslücke von –1,1%. Im Durchschnitt der Jahre 2024 und 2025 verringert sie sich auf –0,8% bzw. –0,2% (vgl. Abbildung K2). Kalenderbereinigt ist die Produktionslücke im Jahr 2025 geschlossen.

Anhang

Tabelle A1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt[1]				Verbraucherpreise[1]				Arbeitslosenquote[2]			
	(BIP)	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
	in %	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
Europa	27,4	3,1	0,9	1,3	1,6	11,4	7,4	4,4	3,6				
EU 27	18,8	3,5	0,6	1,3	1,7	8,9	5,9	2,9	2,3	6,1	5,8	5,7	5,5
Großbritannien	3,5	4,0	0,4	0,7	1,2	9,1	7,5	4,0	2,5	3,7	4,2	4,6	4,3
Schweiz	0,9	2,1	0,8	1,7	1,8	2,8	2,2	1,6	1,5	5,1	4,1	4,2	4,2
Norwegen	0,7	3,3	1,4	1,6	1,6	5,8	5,8	3,5	3,0	3,3	3,5	3,6	3,6
Russland	2,5	–2,1	2,1	1,3	0,8	13,8	5,5	5,2	5,0				
Türkei	1,0	5,6	4,2	2,5	2,6	72,3	45,0	35,0	30,0				
Amerika	36,8	2,4	2,1	1,4	2,0								
USA	28,8	2,1	2,2	1,4	2,1	8,0	4,5	2,7	2,2	3,6	3,7	4,2	3,8
Kanada	2,4	3,4	1,3	1,1	2,0	6,8	3,8	2,5	2,2	5,3	5,4	6,0	5,8
Lateinamerika[3]	5,5	3,5	2,1	1,8	1,5								
Asien	35,8	3,3	4,3	3,9	3,9								
Japan	4,8	1,1	2,1	0,9	1,0	2,5	2,7	1,8	1,7	2,6	2,6	2,5	2,4
China ohne Hongkong	20,5	3,0	4,9	4,3	4,5								
Südkorea	1,9	2,6	1,1	2,2	2,4	5,1	3,2	2,3	2,1	2,9	2,9	3,2	3,0
Indien	3,8	6,8	6,5	6,2	5,9								
Ostasien ohne China[4]	4,8	4,1	3,5	4,1	3,4								
Insgesamt[5]	100,0	2,9	2,6	2,3	2,6								
fortgeschrittene Volkswirtschaften[6]	63,6	2,6	1,5	1,4	1,9	7,5	4,8	2,7	2,2	4,5	4,4	4,6	4,3
Schwellenländer[7]	36,4	3,4	4,4	3,9	3,8								
nachrichtlich:													
Exportgewichtet[8]	–	3,5	1,4	1,8	2,2								
gewichtet n. Kaufkraftparitäten[9]	–	3,3	3,0	2,7	2,9								
Welthandel[10]	–	3,2	–1,3	2,2	2,5								

[1] Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2022 in US-Dollar.
[2] Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2022.
[3] Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile.
[4] Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas).
[5] Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2022 in US-Dollar.
[6] EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.
[7] Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.
[8] Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2022.
[9] Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2022.
[10] Realer Güterhandel. Wert für 2022 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; ILO; 2023 bis 2025: Prognose des IWH.

Tabelle A2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2022	2023	2024	2025
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	2,1	2,2	1,4	2,1
privater Konsum	2,7	1,8	1,5	1,9
Staatskonsum und -investitionen	–0,6	2,3	0,9	0,9
private Anlageinvestitionen	–0,2	3,1	2,5	4,2
Vorratsveränderungen[1]	0,7	–0,2	0,0	0,0
inländische Verwendung	2,4	2,1	1,6	2,2
Exporte	7,1	3,4	3,1	2,4
Importe	8,1	1,2	3,3	2,8
Außenbeitrag[1]	–0,4	0,2	–0,2	–0,1
Verbraucherpreise	8,0	4,5	2,7	2,3
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo[2]	–4,2	–5,1	–5,1	–4,5
Leistungsbilanzsaldo	–3,7	–3,5	–3,5	–3,7
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	3,6	3,7	4,2	3,8

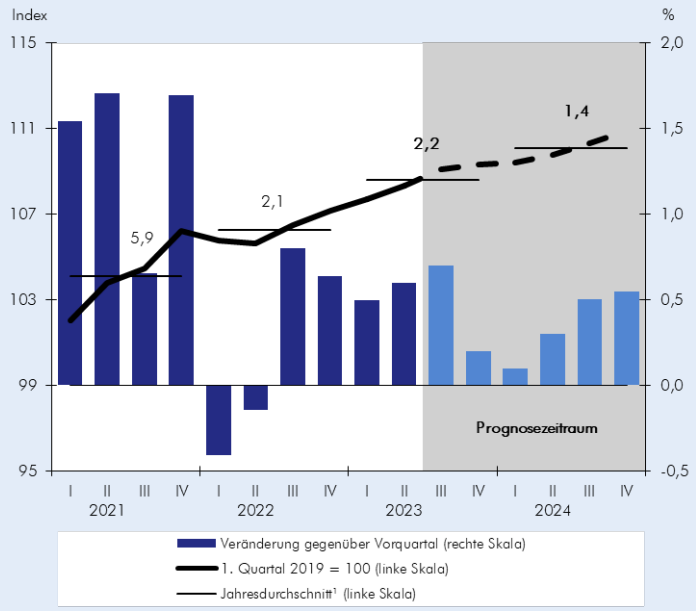
[1] Wachstumsbeitrag. – [2] Gesamtstaat (Bund plus Bundesstaaten und Gemeinden).

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; 2023 bis 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A1

Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA

saisonbereinigter Verlauf



[1] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2023: Prognose des IWH.

Tabelle A3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2022	2023	2024	2025
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	3,3	0,5	1,2	1,5
privater Konsum	4,5	0,1	1,5	1,6
öffentlicher Konsum	1,4	–1,1	1,2	1,5
Bruttoanlageinvestitionen	2,9	0,9	0,5	0,9
inländische Verwendung	3,6	0,0	1,2	1,4
Exporte[1]	7,0	1,3	2,0	2,6
Importe[1]	8,0	–0,2	2,0	1,4
Außenbeitrag[2]	–0,2	0,8	0,1	0,2
Verbraucherpreise[3]	8,4	5,4	2,8	2,3
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Budgetsaldo[4]	–3,6	–3,3	–2,8	–2,4
Leistungsbilanzsaldo	–0,8	1,5	2,0	2,1
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote[5]	6,7	6,4	6,2	6,0

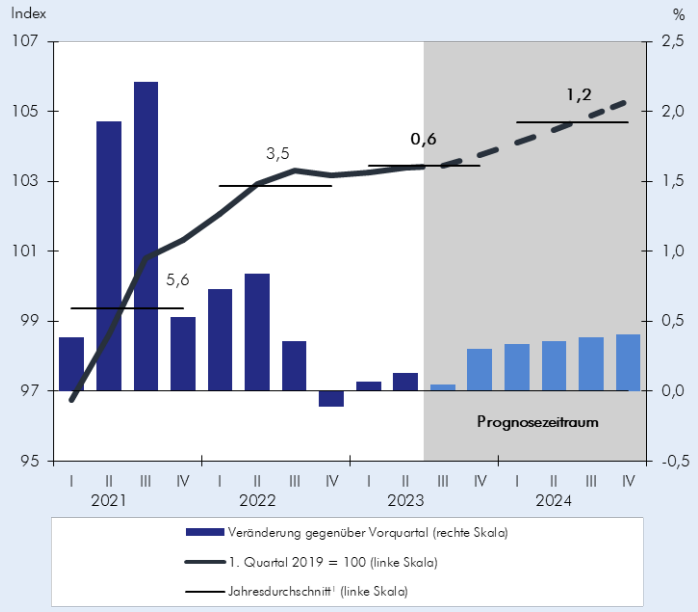
[1] Einschließlich Intrahandel. – [2] Wachstumsbeitrag. – [3] Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – [4] Gesamtstaatlich. – [5] Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission, ILO; Berechnungen des IWH; 2023 bis 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A2

Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



[1] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2023: Prognose des IWH.

Tabelle A4

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt[1] Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %				Verbraucherpreise[2] Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %				Arbeitslosenquote[3] in %			
		2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
Deutschland	24,5	1,9	–0,3	0,9	1,3	8,6	5,8	2,5	2,1	3,1	3,0	3,0	2,8
Frankreich	16,7	2,5	0,7	1,2	1,5	5,9	5,5	2,8	2,2	7,3	7,1	7,0	7,0
Italien	12,1	3,8	0,8	0,7	1,1	8,7	6,0	2,8	2,3	8,1	7,5	7,3	7,1
Spanien	8,4	5,5	2,3	1,5	1,9	8,3	3,2	2,8	2,4	12,9	12,0	11,5	11,0
Niederlande	6,0	4,4	0,5	1,0	1,3	11,6	4,1	3,0	2,5	3,5	3,4	3,0	3,0
Belgien	3,5	3,2	1,0	1,0	1,9	10,3	3,5	2,9	2,5	5,6	5,5	5,1	5,0
Irland	3,2	9,5	0,4	3,4	2,0	8,1	5,2	2,5	2,4	4,5	4,0	3,5	3,2
Österreich	2,8	4,9	0,3	0,8	2,2	8,6	7,7	3,5	2,7	4,8	4,9	5,2	5,2
Finnland	1,7	1,6	0,6	1,0	1,3	7,2	4,8	2,7	2,1	6,8	7,0	7,0	6,9
Portugal	1,5	6,7	2,5	1,7	2,0	8,1	5,3	3,1	2,3	6,0	6,5	6,0	5,7
Griechenland	1,3	6,0	1,5	1,5	1,9	9,3	4,3	2,7	2,1	12,5	11,0	10,5	10,0
Slowakei	0,7	1,7	1,1	1,8	3,2	12,1	10,9	4,5	2,5	6,2	6,0	5,9	5,8
Luxemburg	0,5	1,6	0,7	2,3	2,2	8,1	2,6	2,4	2,0	4,6	5,0	5,0	5,0
Kroatien	0,4	6,3	1,9	1,9	2,4	10,7	8,8	3,5	3,0	6,9	6,3	6,0	5,8
Litauen	0,4	1,9	0,3	3,4	2,7	18,8	8,6	3,9	2,8	5,9	7,2	6,6	6,5
Slowenien	0,4	5,7	2,5	3,1	2,7	9,3	7,4	4,0	3,0	4,0	3,3	3,0	3,0
Lettland	0,3	2,8	0,6	1,9	2,1	17,1	9,4	3,0	2,5	6,9	5,7	5,1	5,0
Estland	0,2	–1,0	–1,7	3,2	3,3	19,4	9,0	3,5	3,0	5,6	6,2	6,0	5,6
Zypern	0,2	5,6	2,3	2,5	2,8	8,1	4,1	3,0	2,0	6,8	5,1	4,5	4,0
Malta	0,1	7,1	2,4	3,2	3,2	6,1	5,7	3,0	2,5	2,9	2,7	2,5	2,5
Euroraum insgesamt	84,9	3,5	0,6	1,2	1,5	8,4	5,4	2,8	2,3	6,7	6,4	6,2	6,0
Euroraum ohne Deutschland	60,4	4,1	1,0	1,3	1,6	8,4	5,2	2,9	2,3	8,0	7,6	7,3	7,1
Polen	4,1	5,5	0,8	2,9	2,8	13,2	10,9	4,5	2,8	2,9	2,7	2,8	2,6
Schweden	3,5	2,9	–1,3	1,0	2,2	8,0	6,0	3,0	2,5	7,5	7,4	7,4	7,3
Dänemark	2,3	2,7	1,4	1,9	3,2	8,5	3,9	2,7	2,4	4,5	4,8	4,5	4,4
Rumänien	1,8	4,2	2,8	3,7	3,6	12,0	9,4	5,9	3,0	5,6	5,4	5,1	4,9
Tschechien	1,7	2,4	–0,1	2,0	2,4	14,8	12,2	3,0	2,5	2,4	2,6	2,5	2,4
Ungarn	1,0	4,6	–1,0	2,6	3,4	15,2	16,9	4,3	2,8	3,6	3,8	3,6	3,5
Bulgarien	0,5	3,7	1,7	1,9	2,5	13,0	8,7	4,5	2,9	4,3	3,8	3,4	3,0
EU 27[4]	100,0	3,5	0,6	1,3	1,7	8,9	5,9	2,9	2,3	6,1	5,8	5,7	5,5
MOE-Länder[5]	11,6	4,1	0,9	2,7	2,9	13,5	10,9	4,3	2,8	4,0	3,9	3,8	3,6

[1] Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt.
[2] Harmonisierter Verbraucherpreisindex.
[3] Standardisiert.
[4] Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2022 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2022.
[5] Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Kroatien, Litauen, Slowenien, Lettland, Estland, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn, Bulgarien.

Quellen: Eurostat; IWF; Berechnungen des IWH; 2023 bis 2025: Prognose des IWH.

Tabelle A5

Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2023

Veränderung gegenüber Vorjahr in % bzw. Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten

	IWH Sommerprognose 2023		IWH Herbstprognose 2023		Prognosekorrektur für 2023	
	Prognosewerte für 2023		Prognosewerte für 2023		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge in Prozentpunkten	
	Veränd. geg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Veränd. geg. Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten	Spalte (3) abzüglich Spalte (1)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
Inländische Verwendung	–1,2	–1,2	–0,8	–0,8	0,4	0,4
Privater Konsum	–1,3	–0,7	–0,6	–0,3	0,7	0,4
Staatlicher Konsum	–4,5	–1,0	–2,4	–0,5	2,1	0,5
Bauten	–3,3	–0,4	–2,7	–0,3	0,6	0,1
Ausrüstungen	3,3	0,2	4,0	0,3	0,7	0,1
Sonstige Anlageinvestitionen	2,2	0,1	–0,1	0,0	–2,3	–0,1
Vorratsveränderungen	–	0,6	–	0,1	–	–0,5
Außenbeitrag	–	0,9	–	0,3	–	–0,6
Ausfuhr	–0,4	–0,2	–0,3	–0,1	0,1	0,1
Einfuhr	–2,2	1,1	–0,9	0,5	1,3	–0,6
Bruttoinlandsprodukt	–0,3	–0,3	–0,5	–0,5	–0,2	–0,2
Nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt USA	1,3	–	2,2	–	0,9	–
Bruttoinlandsprodukt Euroraum	0,8	–	1,2	–	0,4	–
Welthandel	–0,7	–	–1,3	–	–0,6	–
Verbraucherpreise	6,1	–	6,0	–	–0,1	–

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen des IWH.

Tabelle A6

Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung[1]

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2022				2023				2024			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	0,6	0,2	0,7	–1,0	–0,3	0,0	0,2	0,2	0,4	0,6	0,5	0,5
öffentlicher Konsum	1,4	–0,1	–1,1	–0,2	–1,9	0,1	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3
Bauten	3,3	–3,9	–0,6	–2,0	2,7	0,2	–3,5	–1,8	–0,2	–0,2	0,3	0,5
Ausrüstungen	1,9	1,6	4,2	–1,5	2,1	0,6	1,2	0,8	0,6	0,6	0,6	0,6
sonstige Anlagen	–0,6	0,3	0,1	0,8	–1,6	0,4	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Vorratsinvestitionen[2]	0,1	0,7	0,4	0,2	–0,8	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	1,2	0,5	0,7	–0,7	–1,0	0,6	–0,2	0,0	0,3	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag[2]	–0,1	–0,6	–0,3	0,2	0,9	–0,6	–0,1	0,2	0,0	–0,1	0,0	0,0
Exporte	–0,1	0,9	1,0	–1,1	0,4	–1,1	0,9	1,0	0,7	0,5	0,6	0,6
Importe	0,1	2,4	1,8	–1,7	–1,5	0,0	1,0	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Bruttoinlandsprodukt	1,0	–0,1	0,4	–0,4	–0,1	0,0	–0,2	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4

[1] Saison– und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – [2] Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandprodukts in Prozentpunkten (Lundberg–Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 3. Quartal 2023: Prognose des IWH.

Tabelle A7

Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts[1]

in Prozentpunkten

	2022	2023	2024	2025
Konsumausgaben	2,3	–0,8	1,0	0,8
private Konsumausgaben	1,9	–0,3	0,8	0,5
Konsumausgaben des Staates	0,3	–0,5	0,2	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	0,0	–0,1	–0,1	0,3
Bauten	–0,2	–0,3	–0,4	0,2
Ausrüstungen	0,3	0,3	0,2	0,0
sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,1	0,1
Vorratsveränderung	0,7	0,1	0,1	0,2
inländische Verwendung	3,0	–0,8	0,9	1,3
Außenbeitrag	–1,2	0,3	–0,1	–0,1
Exporte	1,6	–0,1	1,1	1,1
Importe	–2,8	0,5	–1,2	–1,1
Bruttoinlandsprodukt	1,8	–0,5	0,9	1,2

[1] Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2025: Prognose des IWH.

Tabelle A8

Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate

in % bzw. Prozentpunkten

	2022	2023	2024	2025
statistischer Überhang[1]	0,9	–0,2	0,0	0,6
Jahresverlaufsrate[2]	0,8	–0,1	1,5	1,1
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	1,9	–0,3	0,9	1,3
Kalendereffekt[3]	–0,1	–0,2	0,0	0,0
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich[4]	1,8	–0,5	0,9	1,2

[1] Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – [2] Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – [3] In % des realen BIP. – [4] Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2023 bis 2025: Prognose des IWH.

Tabelle A9

Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2022 und 2023

	2022	2023[1]	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland) [1]	41 687	42 008	321	0,8
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	34 507	34 765	258	0,7
Geförderte[2]	111	91	–20	–18,0
nicht geförderte	34 396	34 674	278	0,8
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 124	4 200	76	1,8
sonstige	3 055	3 043	–12	–0,4
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	3 910	3 900	–9	–0,2
geförderte Selbstständigkeit	8	5	–2	–30,0
nicht geförderte Selbstständigkeit	3 902	3 895	–7	–0,2
Erwerbstätige (Inland)	45 596	45 909	313	0,7
staatlich subventionierte Erwerbstätige	490	250	–240	–48,9
geförderte Erwerbstätige[3]	119	96	–22	–18,8
Kurzarbeit	372	154	–218	–58,6
ungeförderte Erwerbstätigkeit	45 106	45 658	553	1,2
nachrichtlich:				
Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland) in %	1,1	0,5		

[1] Prognose des IWH. – [2] Eingliederungszuschüsse (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger SV-pflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§16 e SGB II); Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – [3] Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen bzw. Schätzungen des IWH.

Tabelle A10

Indikatoren zur Außenwirtschaft

	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, real	3,3	–0,3	2,4	2,2
Importe, real	6,6	–0,9	2,7	2,7
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Exporte, nominal	50,9	47,7	47,5	47,9
Importe, nominal	49,0	43,7	42,8	43,0
	Außenbeitrag			
Mrd. Euro, nominal	76,3	166,8	203,5	221,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2025: Prognose des IWH.

Tabelle A11

Reale Anlageinvestitionen in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2022	2023	2024	2025
Anlageinvestitionen insgesamt	0,1	–0,3	–0,5	2,1
Bauinvestitionen insgesamt	–1,8	–2,7	–3,3	1,9
Wohnbauten	–2,2	–3,3	–3,6	1,8
Nichtwohnbauten insgesamt	–1,1	–1,8	–2,7	1,3
gewerbliche Bauten	–1,6	–2,3	–2,0	1,1
öffentliche Bauten	–0,1	–0,7	–4,2	1,8
Ausrüstungen	4,0	4,0	2,7	2,2
Sonstige Anlagen	–0,7	–0,1	2,5	2,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2025: Prognose des IWH.

Tabelle A12

Verfügbare Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte[1] in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2022	2023	2024	2025
verfügbare Einkommen, nominal	6,3	5,5	4,2	3,2
darunter:				
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	5,3	7,3	3,9	2,2
monetäre Sozialleistungen	1,7	6,1	4,8	5,4
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	10,8	0,1	4,1	3,2
Sparen	–20,7	5,0	2,1	2,1
private Konsumausgaben, nominal	10,9	5,4	4,3	3,2
nachrichtlich:				
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	5,8	6,5	3,8	3,2
Sparquote (in %)	11,1	11,1	10,9	10,8
Preisindex des privaten Konsums	6,7	6,0	2,7	2,2
private Konsumausgaben, real	3,9	–0,6	1,6	1,1

[1] Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2025: Prognose des IWH.

Tabelle A13

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen[1]

Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

	2023				2024			
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	–0,1	0,0	–0,2	0,2	0,3	0,3	0,4	0,4
Darunter								
Bruttowertschöpfung	0,2	–0,5	–0,1	0,0	0,4	0,3	0,4	0,4
darunter								
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	–0,3	–0,6	–0,1	–0,2	0,4	0,1	0,4	0,4
Verarbeitendes Gewerbe	–0,1	0,1	–0,1	–0,2	0,4	0,2	0,4	0,4
Energie- und Wasserversorgung	–1,6	–5,2	–0,2	–0,2	0,2	0,2	0,3	0,3
Baugewerbe	5,3	0,2	–0,8	–0,9	0,1	0,1	0,3	0,3
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	–0,5	–1,4	–0,2	0,0	0,6	0,4	0,6	0,5
Information und Kommunikation	0,4	1,1	0,5	0,4	0,5	0,6	0,6	0,6
Finanz- und Versicherungsdienstleister	–2,0	–2,1	–0,4	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	1,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Unternehmensdienstleister	0,2	0,0	0,2	0,2	0,5	0,4	0,4	0,4
öffentliche Dienstleister	–0,3	–0,8	–0,2	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3
sonstige Dienstleister	2,5	0,0	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3

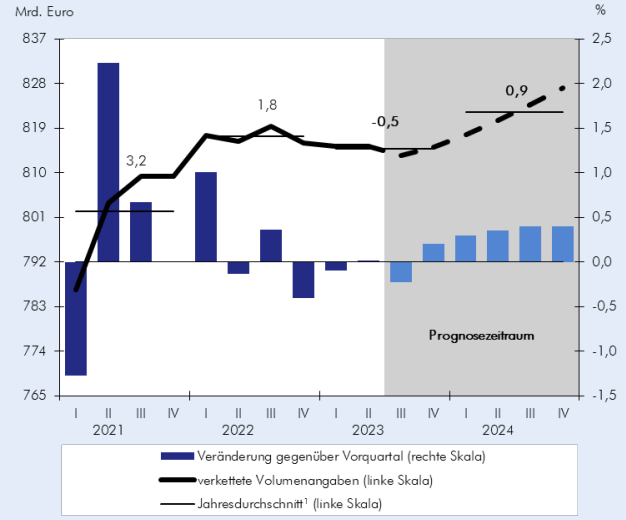
[1] Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 3. Quartal 2023: Prognose des IWH.

Abbildung A3

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



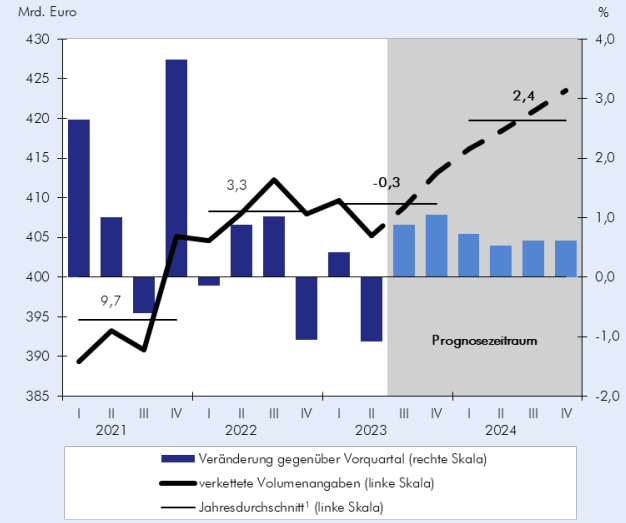
¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2023: Prognose des IWH.

Abbildung A4

Reale Exporte

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



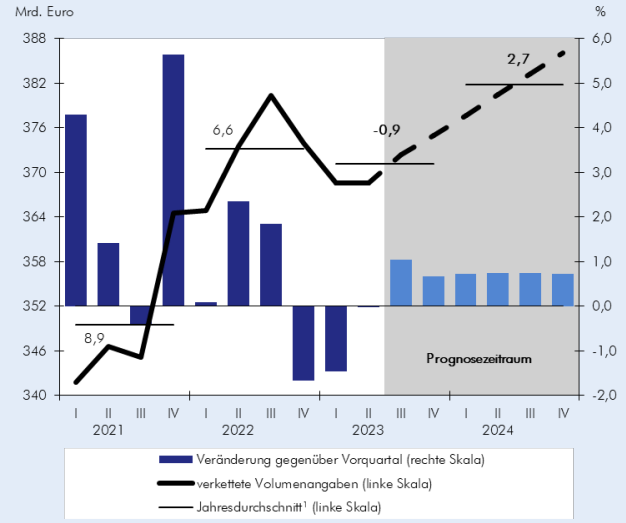
¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2023: Prognose des IWH.

Abbildung A5

Reale Importe

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



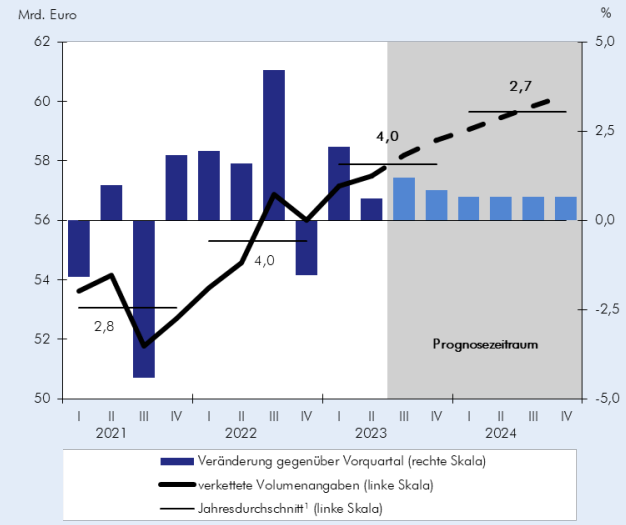
¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2023: Prognose des IWH.

Abbildung A6

Reale Investitionen in Ausrüstungen

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



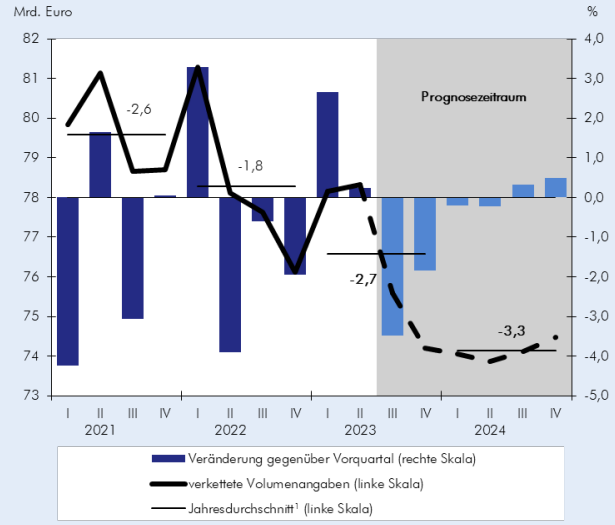
¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2023: Prognose des IWH.

Abbildung A7

Reale Bauinvestitionen

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



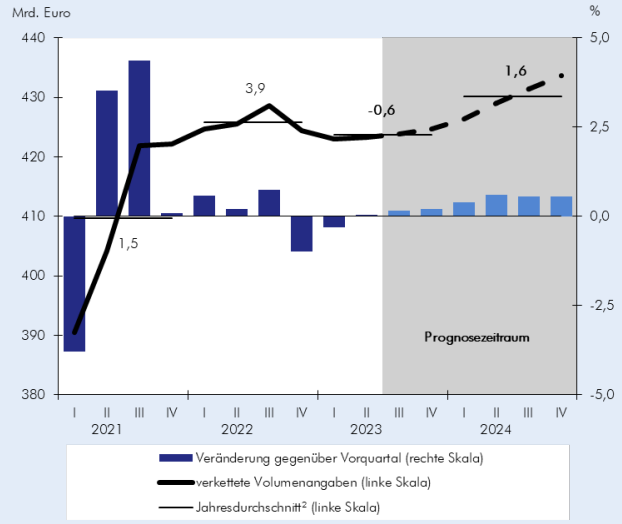
[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2023: Prognose des IWH.

Abbildung A8

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte[1]

saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



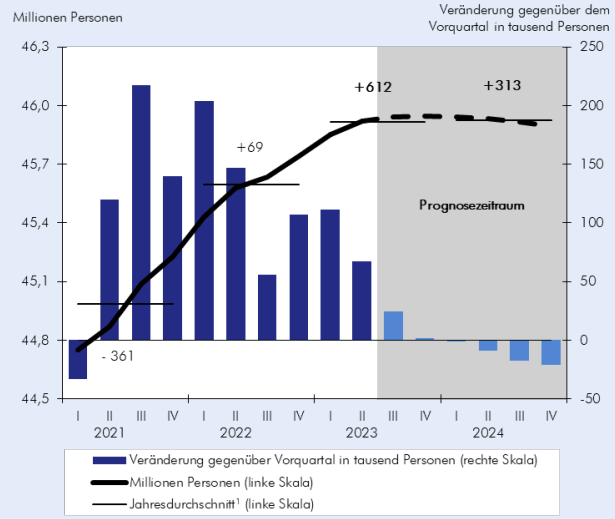
[1] Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. - [2] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2023: Prognose des IWH.

Abbildung A9

Erwerbstätige

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

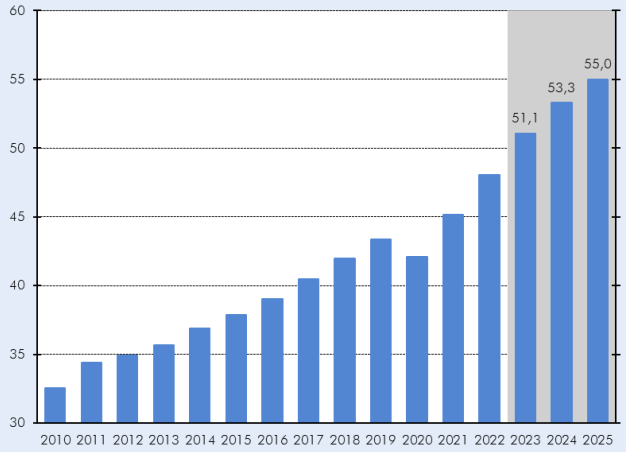
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 3. Quartal 2023: Prognose des IWH.

Weitere Indikatoren

Abbildung A10

Bruttonationaleinkommen[1] je Einwohner

Tausend Euro, in jeweiligen Preisen



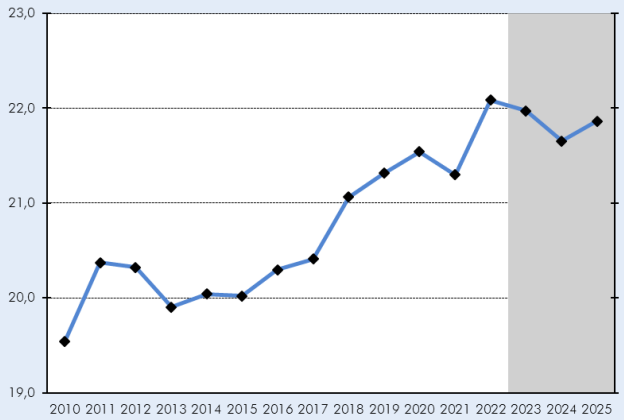
[1] Summe der von allen Inländern erwirtschafteten BWS zzgl. aller Gütersteuern (abzgl. Gütersubventionen), zzgl. Nettoeinnahmen aus Primäreinkommen im Ausland.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2023: Prognose des IWH.

Abbildung A11

Bruttoanlageinvestitionen[1]

Anteil am BIP in %, in jeweiligen Preisen



[1] Bruttoanlageinvestitionen bezeichnen den Wert jener Anlagen, welche von inländischen Wirtschaftseinheiten erworben werden, um sie länger als ein Jahr im Produktionsprozess einzusetzen. Sie setzen sich zusammen aus Ausrüstungen, Bauten und sonstigen Anlagen.

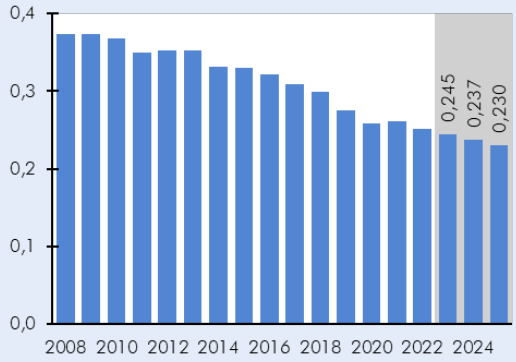
Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2023: Prognose des IWH.

Abbildung A12

Jährliche Treibhausgas-Emissionsprognosen 2008 bis 2025

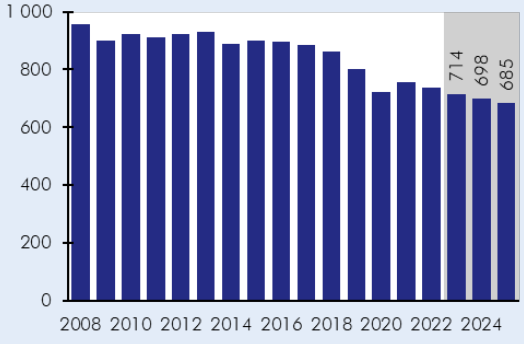
(a) Emissionsintensitäten

Millionen Tonnen THG je Mrd. Euro Bruttowertschöpfung



(b) Gesamtemissionen

Millionen Tonnen, CO_2-äquivalent



Anmerkung: Prognose der Treibhausgasemissionen auf Basis der Wertschöpfung und der jeweiligen Emissionsintensitäten in den Wirtschaftsbereichen, vgl. dazu *Arbeitskreis Konjunktur des IWH:* Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft, in: Konjunktur aktuell, Jg. 10 (1), 2022, 14.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umweltbundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Tabelle A14

Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen[1]

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2023	2024	2025
Einnahmen der Gebietskörperschaften			
Alterseinkünftegesetz	–1,5	–1,5	–1,5
Zukunftsfinanzierungsgesetz		–0,6	–0,3
Jahressteuergesetz 2022	–3,1	0,3	1,0
Temporäre Senkung der Umsatzsteuer auf Erdgas	–4,5	3,7	0,8
Temporäre Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie	0,0	2,8	0,0
Inflations-Ausgleichsgesetz (Änderungen beim Einkommensteuertarif)	–12,3	–14,7	–2,8
temporäre Senkung der Energiesteuer 2022	3,2	0,0	0,0
Wachstumschancengesetz		–2,7	–4,9
Inflationsausgleichsprämie	–9,0	4,0	5,0
Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung	0,4	0,4	0,4
Änderungen bei der Tabaksteuer	0,6	0,0	0,9
Änderungen bei der Lkw-Maut	0,7	4,3	4,0
BMF-Schreiben zur Nutzungsdauer von Computer-Hardware und Software	0,8	2,3	1,9
sonstige steuerliche Maßnahmen[2]	0,1	0,3	0,0
CO_2-Bepreisung in den Sektoren Gebäude und Verkehr	0,0	4,0	4,0
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung um jeweils 0,3 Prozentpunkte zum 1.1.2023, 1.1.2024 und 1.1.2025	3,7	3,7	3,7
Erhöhung des Beitragszuschlags zur gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,35 Prozentpunkte zum 1.7.2023	3,2	3,5	0,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte zum 1. Januar 2023	2,5	0,0	0,0
Senkung der Insolvenzgeldumlage um 0,03 Prozentpunkte zum 1.1.2023	–0,3	0,0	0,0
Erhöhung der Mini- und Midijobgrenzen	–1,3	0,0	0,0
Inflationsausgleichsprämie	–11,0	4,0	7,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Energiepreispauschale 2022	10,0	0,0	0,0
Zusätzliche Mittel für die Verkehrsinfrastruktur		–5,0	–3,0
Zusätzliche Förderung der Ladesäuleninfrastruktur		–0,4	–0,1
Kita-Qualitätsgesetz	–0,5	–1,0	1,0
Kindergrundsicherung			–2,5
Zusätzliche Ausgaben des Klima- und Transformationsfonds	–5,0	–8,0	–5,0
Inflationsausgleichsgesetz: Kindergelderhöhung	–6,3	1,5	0,4
Dezemberabschlag 2022, Strom- und Gaspreisbremse, Härtefallregelungen	–30,0	25,0	5,0
Hilfen für Unternehmen im Zusammenhang mit dem Energiepreisanstieg	20,0	3,0	0,0
Zusätzliche Verteidigungsausgaben	–4,0	–8,0	0,0
Kürzungen bei der Förderung des ländlichen Raumes, der Digitalisierung der Verwaltung und beim Elterngeld		1,0	0,0
Heizkostenzuschuss für Geringverdiener	1,7	0,0	0,0
Rückführung des Umweltbonus	0,6	1,2	1,3
Drittes Entlastungspaket: Einmalige Zuschüsse für Familien, Rentner, Studierende und Wohngeldempfänger	5,0	0,7	0,0
Preissenkung im öffentlichen Personennahverkehr	–0,5	0,0	0,0
Änderungen beim BAföG	–0,6	1,1	0,0
Aufbauhilfefonds 2021	–3,0	0,0	8,0
Änderungen beim Wohngeld zum 1.1.2023	–3,6	0,0	0,0
Einführung Bürgergeld zum 1.1.2023	–4,8	–0,4	–0,3
Zusätzliche Mittel für Hochschulen	–0,6	–0,3	0,0
LNG-Terminals	0,0	3,0	0,0
Ausgaben der Sozialversicherungen			
rentenpolitische Maßnahmen aus der vergangenen Legislaturperiode[3]	–0,3	–0,1	0,0
Grundrente	0,8	–0,2	–0,1
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und Pflegereform	–0,8	–0,3	0,0
GKV-Finanzstabilisierungsgesetz	1,9	0,3	0,0
Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie	**15,0**	**3,0**	**0,0**
insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)[4]	**–32,8**	**29,8**	**24,0**
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	–0,8	0,7	0,5

[1] Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – [2] Reform der Investmentbesteuerung, Fondsstandortgesetz, Jahressteuergesetz 2020, steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus, Änderungen beim Rennwett- und Lotteriesteuergesetz, Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen, Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen.– [3] Anpassung des aktuellen Rentenwerts in Ostdeutschland, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte, Stärkung der Betriebsrenten, Flexirente. – [4] Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Tabelle A15

Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2022

in Mrd. Euro

			gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesell-schaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	3 509,6	2 400,2	400,8	708,6	–
2	–	Abschreibungen	788,8	444,2	100,7	243,9	–
3	=	Nettowertschöpfung[1]	2 720,8	1 956,0	300,1	464,7	–76,3
4	–	geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 019,8	1 460,0	307,9	251,8	17,7
5	–	geleistete sonstige Produktionsabgaben	38,0	27,6	0,3	10,1	–
6	+	empfangene sonstige Subventionen	51,2	44,9	0,2	6,1	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	714,3	513,3	–8,0	208,9	–94,0
8	+	empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 023,6	–	–	2 023,6	13,9
9	–	geleistete Subventionen	70,0	–	70,0	–	4,7
10	+	empfangene Produktions- und Importabgaben	417,8	–	417,8	–	10,8
11	–	geleistete Vermögenseinkommen	751,6	704,6	26,5	20,6	271,8
12	+	empfangene Vermögenseinkommen	904,7	462,6	17,6	424,5	118,7
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 238,8	271,3	331,0	2 636,5	–227,1
14	–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	515,1	122,6	–	392,6	14,3
15	+	empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	528,8	–	528,8	–	0,6
16	–	geleistete Nettosozialbeiträge[2]	815,3	–	–	815,3	4,6
17	+	empfangene Nettosozialbeiträge[2]	815,5	147,9	666,8	0,9	4,4
18	–	geleistete monetäre Sozialleistungen	696,7	76,8	619,1	0,9	0,5
19	+	empfangene monetäre Sozialleistungen	688,6	–	–	688,6	8,6
20	–	geleistete sonstige laufende Transfers	440,0	232,9	111,4	95,8	81,4
21	+	empfangene sonstige laufende Transfers	378,3	207,3	28,0	143,0	143,2
22	=	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 182,9	194,3	824,1	2 164,5	–171,2
23	–	Konsumausgaben	2 830,2	–	850,9	1 979,3	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–63,0	–	63,0	–
25	=	Sparen	352,6	131,3	–26,8	248,2	–171,2
26	–	geleistete Vermögenstransfers	126,7	21,4	89,7	15,6	7,9
27	+	empfangene Vermögenstransfers	112,4	69,5	18,8	24,0	22,3
28	–	Bruttoinvestitionen	970,3	585,0	100,9	284,5	–
29	+	Abschreibungen	788,8	444,2	100,7	243,9	–
30	–	Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	14,4	14,8	–1,0	0,6	–14,4
31	=	Finanzierungssaldo	142,5	23,9	–96,9	215,5	–142,5
		nachrichtlich:					
32		verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 182,9	194,3	824,1	2 164,5	–171,2
33	–	geleistete soziale Sachtransfers	541,8	–	541,8	–	–
34	+	empfangene soziale Sachtransfers	541,8	–	–	541,8	–
35	=	verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 182,9	194,3	282,3	2 706,2	–171,2
36	–	Konsum[3]	2 830,2	–	309,2	2 521,1	–
37	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–63,0	–	63,0	–
38	=	Sparen	352,6	131,3	–26,8	248,2	–171,2

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.
[2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.
[3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2023

in Mrd. Euro

			gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesell-schaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	3 800,4	2 630,0	425,0	745,4	–
2	–	Abschreibungen	852,7	479,8	109,2	263,7	–
3	=	Nettowertschöpfung[1]	2 947,7	2 150,2	315,8	481,7	–166,8
4	–	geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 146,8	1 556,1	323,9	266,8	19,3
5	–	geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,9	25,8	0,3	9,8	–
6	+	empfangene sonstige Subventionen	34,9	31,6	0,2	3,2	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	800,0	599,9	–8,2	208,3	–186,1
8	+	empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 151,1	–	–	2 151,1	15,0
9	–	geleistete Subventionen	66,7	–	66,7	–	4,7
10	+	empfangene Produktions- und Importabgaben	418,6	–	418,6	–	10,6
11	–	geleistete Vermögenseinkommen	815,3	751,1	33,4	30,7	310,7
12	+	empfangene Vermögenseinkommen	977,7	519,9	22,1	435,7	148,3
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 465,5	368,6	332,4	2 764,5	–327,8
14	–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	521,9	126,2	–	395,7	14,8
15	+	empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	536,1	–	536,1	–	0,6
16	–	geleistete Nettosozialbeiträge[2]	857,6	–	–	857,6	4,8
17	+	empfangene Nettosozialbeiträge[2]	858,0	151,2	705,9	0,9	4,5
18	–	geleistete monetäre Sozialleistungen	738,9	79,0	659,1	0,9	0,6
19	+	empfangene monetäre Sozialleistungen	730,6	–	–	730,6	8,9
20	–	geleistete sonstige laufende Transfers	441,3	258,6	93,3	89,4	87,2
21	+	empfangene sonstige laufende Transfers	380,5	219,5	29,6	131,3	148,1
22	=	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 410,8	275,5	851,7	2 283,6	–273,1
23	–	Konsumausgaben	2 973,4	–	887,8	2 085,5	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,6	–	62,6	–
25	=	Sparen	437,4	212,9	–36,1	260,6	–273,1
26	–	geleistete Vermögenstransfers	146,5	61,4	69,5	15,6	7,1
27	+	empfangene Vermögenstransfers	125,3	79,0	18,6	27,7	28,3
28	–	Bruttoinvestitionen	1 017,0	610,8	105,5	300,7	–
29	+	Abschreibungen	852,7	479,8	109,2	263,7	–
30	–	Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	21,2	21,6	–0,8	0,4	–21,2
31	=	Finanzierungssaldo	230,7	77,8	–82,5	235,4	–230,7
		nachrichtlich:					
32		verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 410,8	275,5	851,7	2 283,6	–273,1
33	–	geleistete soziale Sachtransfers	553,1	–	553,1	–	–
34	+	empfangene soziale Sachtransfers	553,1	–	–	553,1	–
35	=	verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 410,8	275,5	298,6	2 836,7	–273,1
36	–	Konsum[3]	2 973,4	–	334,8	2 638,6	–
37	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,6	–	62,6	–
38	=	Sparen	437,4	212,9	–36,1	260,6	–273,1

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

[2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

[3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2025: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2024

in Mrd. Euro

			gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesell-schaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	3 944,9	2 727,3	441,8	775,8	–
2	–	Abschreibungen	899,1	511,5	112,7	274,8	–
3	=	Nettowertschöpfung[1]	3 045,8	2 215,8	329,1	500,9	–203,5
4	–	geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 232,1	1 615,5	339,7	276,9	21,1
5	–	geleistete sonstige Produktionsabgaben	40,0	28,8	0,3	10,9	–
6	+	empfangene sonstige Subventionen	39,7	35,3	0,2	4,2	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	813,4	606,8	–10,7	217,3	–224,6
8	+	empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 237,0	–	–	2 237,0	16,2
9	–	geleistete Subventionen	44,9	–	44,9	–	4,7
10	+	empfangene Produktions- und Importabgaben	437,7	–	437,7	–	10,6
11	–	geleistete Vermögenseinkommen	804,7	735,9	37,6	31,2	376,0
12	+	empfangene Vermögenseinkommen	984,4	509,3	22,9	452,2	196,3
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 622,9	380,2	367,4	2 875,2	–382,2
14	–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	547,5	135,9	–	411,6	15,5
15	+	empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	562,4	–	562,4	–	0,6
16	–	geleistete Nettosozialbeiträge[2]	897,6	–	–	897,6	5,0
17	+	empfangene Nettosozialbeiträge[2]	898,2	156,3	741,1	0,9	4,5
18	–	geleistete monetäre Sozialleistungen	773,9	81,2	691,9	0,9	0,6
19	+	empfangene monetäre Sozialleistungen	765,5	–	–	765,5	9,0
20	–	geleistete sonstige laufende Transfers	477,8	294,0	97,0	86,8	93,5
21	+	empfangene sonstige laufende Transfers	397,5	232,5	30,4	134,6	173,8
22	=	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 549,6	258,0	912,3	2 379,4	–309,0
23	–	Konsumausgaben	3 097,7	–	922,4	2 175,3	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,1	–	62,1	–
25	=	Sparen	452,0	195,8	–10,0	266,1	–309,0
26	–	geleistete Vermögenstransfers	150,8	65,3	69,4	16,1	6,4
27	+	empfangene Vermögenstransfers	129,0	81,0	19,4	28,6	28,3
28	–	Bruttoinvestitionen	1 042,1	627,4	111,5	303,1	–
29	+	Abschreibungen	899,1	511,5	112,7	274,8	–
30	–	Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	21,2	21,8	–0,8	0,2	–21,2
31	=	Finanzierungssaldo	265,9	73,9	–58,1	250,1	–265,9
		nachrichtlich:					
32		verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 549,6	258,0	912,3	2 379,4	–309,0
33	–	geleistete soziale Sachtransfers	576,3	–	576,3	–	–
34	+	empfangene soziale Sachtransfers	576,3	–	–	576,3	–
35	=	verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 549,6	258,0	336,0	2 955,7	–309,0
36	–	Konsum[3]	3 097,7	–	346,0	2 751,6	–
37	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–62,1	–	62,1	–
38	=	Sparen	452,0	195,8	–10,0	266,1	–309,0

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

[2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

[3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2025: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2025

in Mrd. Euro

			gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesell-schaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	=	Bruttowertschöpfung	4 068,4	2 812,7	456,2	799,5	–
2	–	Abschreibungen	930,0	530,8	116,4	282,8	–
3	=	Nettowertschöpfung[1]	3 138,5	2 281,9	339,8	516,7	–221,0
4	–	geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 308,9	1 668,3	354,6	286,0	21,5
5	–	geleistete sonstige Produktionsabgaben	44,0	31,7	0,3	12,0	–
6	+	empfangene sonstige Subventionen	39,3	34,0	0,2	5,1	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	824,8	615,9	–14,9	223,8	–242,5
8	+	empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 312,9	–	–	2 312,9	17,5
9	–	geleistete Subventionen	37,1	–	37,1	–	4,7
10	+	empfangene Produktions- und Importabgaben	457,0	–	457,0	–	10,7
11	–	geleistete Vermögenseinkommen	723,7	648,6	41,8	33,3	469,9
12	+	empfangene Vermögenseinkommen	910,4	418,7	23,4	468,3	283,2
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 744,3	386,1	386,6	2 971,7	–405,8
14	–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	566,7	135,4	–	431,3	16,2
15	+	empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	582,3	–	582,3	–	0,6
16	–	geleistete Nettosozialbeiträge[2]	935,9	–	–	935,9	5,2
17	+	empfangene Nettosozialbeiträge[2]	937,4	160,5	776,1	0,9	3,8
18	–	geleistete monetäre Sozialleistungen	815,6	83,6	731,2	0,9	0,6
19	+	empfangene monetäre Sozialleistungen	807,0	–	–	807,0	9,2
20	–	geleistete sonstige laufende Transfers	499,8	307,1	100,1	92,6	100,3
21	+	empfangene sonstige laufende Transfers	414,5	246,3	31,1	137,1	185,5
22	=	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 667,5	266,7	944,9	2 455,9	–329,0
23	–	Konsumausgaben	3 194,1	–	948,4	2 245,7	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,7	–	61,7	10,0
25	=	Sparen	473,4	205,0	–3,4	271,8	–329,0
26	–	geleistete Vermögenstransfers	154,3	65,3	72,4	16,6	5,9
27	+	empfangene Vermögenstransfers	131,9	82,6	20,1	29,2	28,3
28	–	Bruttoinvestitionen	1 074,4	639,7	117,3	317,3	–
29	+	Abschreibungen	930,0	530,8	116,4	282,8	–
30	–	Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	21,2	21,8	–0,8	0,2	–21,2
31	=	Finanzierungssaldo	285,5	91,6	–55,9	249,7	–285,5
		nachrichtlich:					
32		verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 667,5	266,7	944,9	2 455,9	–329,0
33	–	geleistete soziale Sachtransfers	599,2	–	599,2	–	–
34	+	empfangene soziale Sachtransfers	599,2	–	–	599,2	–
35	=	verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 667,5	266,7	345,8	3 055,0	–329,0
36	–	Konsum[3]	3 194,1	–	349,2	2 844,9	–
37	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,7	–	61,7	–
38	=	Sparen	473,4	205,0	–3,4	271,8	–329,0

[1] Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.
[2] Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.
[3] Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2025: Prognose des IWH.

Tabelle A16

VGR-Tabellen

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2023 bis 2025

	2022	2023	2024	2025	2023		2024	
					1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
1 Entstehung des Inlandsprodukts								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Erwerbstätige	1,4	0,7	0,0	0,0	0,8	0,5	0,1	–0,1
Arbeitsvolumen	1,3	0,8	–0,2	–0,5	0,9	0,6	–0,2	–0,2
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	–0,1	0,1	–0,3	–0,5	0,1	0,1	–0,4	–0,2
Produktivität[1]	0,5	–1,2	1,1	1,7	–1,1	–1,3	0,5	1,7
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,8	–0,5	0,9	1,2	–0,3	–0,7	0,3	1,5
2 Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen								
a) Mrd EUR								
Konsumausgaben	2 830,2	2 973,4	3 097,7	3 194,1	1 448,8	1 524,6	1 510,0	1 587,6
private Haushalte[2]	1 979,3	2 085,5	2 175,3	2 245,7	1 019,5	1 066,1	1 059,7	1 115,7
Staat	850,9	887,8	922,4	948,4	429,3	458,6	450,4	472,0
Anlageinvestitionen	856,2	913,4	940,4	981,5	445,8	467,5	454,1	486,1
Bauten	463,5	490,6	496,8	519,6	246,0	244,5	244,0	252,5
Ausrüstungen	253,4	279,3	294,3	306,4	132,4	146,8	140,1	154,1
sonstige Anlageinvestitionen	139,3	143,4	149,4	155,6	67,3	76,1	69,9	79,5
Vorratsveränderung[3]	114,1	103,7	101,6	92,8	32,6	71,1	57,4	44,3
inländische Verwendung	3 800,5	3 990,4	4 139,8	4 268,5	1 927,1	2 063,2	2 021,5	2 118,0
Außenbeitrag	76,3	166,8	203,5	221,0	90,7	76,1	109,8	93,7
Exporte	1 974,2	1 984,0	2 064,3	2 151,2	985,0	999,0	1 017,4	1 046,9
Importe	1 897,9	1 817,2	1 860,8	1 930,2	894,3	922,8	907,6	953,2
Bruttoinlandsprodukt	3 876,8	4 157,2	4 343,3	4 489,5	2 017,8	2 139,3	2 131,4	2 211,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	9,6	5,1	4,2	3,1	5,9	4,3	4,2	4,1
private Haushalte[2]	10,9	5,4	4,3	3,2	7,0	3,9	3,9	4,7
Staat	6,8	4,3	3,9	2,8	3,5	5,1	4,9	2,9
Anlageinvestitionen	11,1	6,7	3,0	4,4	8,9	4,6	1,9	4,0
Bauten	14,0	5,9	1,2	4,6	8,8	3,0	–0,8	3,3
Ausrüstungen	11,4	10,2	5,4	4,1	13,0	7,8	5,8	5,0
sonstige Anlageinvestitionen	2,1	2,9	4,2	4,1	2,0	3,8	3,9	4,4
Inländische Verwendung	11,1	5,0	3,7	3,1	5,0	5,0	4,9	2,7
Exporte	15,4	0,5	4,1	4,2	2,7	–1,6	3,3	4,8
Importe	25,3	–4,3	2,4	3,7	–0,8	–7,4	1,5	3,3
Bruttoinlandsprodukt	7,2	7,2	4,5	3,4	6,6	7,9	5,6	3,4
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:								
Außenbeitrag	2,0	4,0	4,7	4,9	4,5	3,6	5,2	4,2
3 Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)								
a) Mrd EUR								
Konsumausgaben	2 417,4	2 389,5	2 422,0	2 448,4	1 177,7	1 211,8	1 188,8	1 233,2
private Haushalte[2]	1 705,1	1 694,6	1 721,1	1 739,2	833,3	861,4	841,7	879,3
Staat	711,2	693,9	700,1	708,3	344,0	349,9	346,5	353,5
Anlageinvestitionen	661,7	659,7	656,2	670,2	324,7	335,0	318,3	337,9
Bauten	314,6	306,0	296,1	301,8	155,3	150,7	146,4	149,6
Ausrüstungen	222,5	231,5	237,7	242,9	110,4	121,1	113,3	124,3
sonstige Anlageinvestitionen	124,7	124,5	127,6	131,1	58,7	65,8	60,0	67,6
inländische Verwendung	3 127,1	3 100,7	3 131,0	3 172,4	1 530,4	1 570,4	1 537,6	1 593,4
Exporte	1 640,6	1 636,2	1 675,1	1 712,7	814,4	821,8	830,7	844,4
Importe	1 497,7	1 483,6	1 524,3	1 564,8	727,1	756,5	745,2	779,1
Bruttoinlandsprodukt	3 274,9	3 258,4	3 286,8	3 325,9	1 620,6	1 637,8	1 625,0	1 661,8
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	3,2	–1,2	1,4	1,1	–1,3	–1,0	0,9	1,8
private Haushalte[2]	3,9	–0,6	1,6	1,1	–0,5	–0,7	1,0	2,1
Staat	1,6	–2,4	0,9	1,2	–3,2	–1,6	0,7	1,0
Anlageinvestitionen	0,1	–0,3	–0,5	2,1	0,6	–1,1	–2,0	0,9
Bauten	–1,8	–2,7	–3,3	1,9	–2,0	–3,4	–5,7	–0,7
Ausrüstungen	4,0	4,0	2,7	2,2	5,7	2,5	2,7	2,7
sonstige Anlageinvestitionen	–0,7	–0,1	2,5	2,7	–0,6	0,3	2,2	2,7
inländische Verwendung	3,2	–0,8	1,0	1,3	–0,5	–1,1	0,5	1,5
Exporte	3,3	–0,3	2,4	2,2	0,1	–0,6	2,0	2,8
Importe	6,6	–0,9	2,7	2,7	–0,3	–1,5	2,5	3,0
Bruttoinlandsprodukt	1,8	–0,5	0,9	1,2	–0,3	–0,7	0,3	1,5

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2023 bis 2025

	2022	2023	2024	2025	2023		2024	
					1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
4 Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)								
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
private Konsumausgaben[2]	6,7	6,0	2,7	2,2	7,5	4,6	2,9	2,5
Konsumausgaben des Staates	5,1	6,9	3,0	1,6	6,9	6,9	4,1	1,9
Anlageinvestitionen	11,0	7,0	3,5	2,2	8,3	5,8	3,9	3,1
Bauten	16,1	8,8	4,7	2,6	11,0	6,7	5,2	4,0
Ausrüstungen	7,1	6,0	2,6	1,9	6,9	5,2	3,1	2,2
Exporte	11,7	0,8	1,6	1,9	2,6	–1,0	1,3	2,0
Importe	17,5	–3,3	–0,3	1,1	–0,5	–6,0	–1,0	0,3
Bruttoinlandsprodukt	5,3	7,8	3,6	2,2	6,8	8,7	5,3	1,9
5 Einkommensentstehung und -verteilung								
a) Mrd EUR								
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	2 636,5	2 764,5	2 875,2	2 971,7	1 357,4	1 407,1	1 406,5	1 468,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	361,8	380,8	399,1	416,3	183,2	197,6	191,2	207,9
Bruttolöhne und -gehälter	1 661,8	1 770,3	1 837,9	1 896,6	846,0	924,3	880,3	957,7
übrige Primäreinkommen[4]	612,9	613,3	638,2	658,7	328,2	285,2	335,1	303,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	602,3	701,0	747,7	772,6	307,3	393,6	355,2	392,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 238,8	3 465,5	3 622,9	3 744,3	1 664,6	1 800,7	1 761,8	1 860,9
Abschreibungen	788,8	852,7	899,1	930,0	421,0	431,7	446,6	452,5
Bruttonationaleinkommen	4 027,6	4 318,2	4 522,0	4 674,2	2 085,7	2 232,4	2 208,3	2 313,5
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2 890,9	3 113,5	3 230,1	3 324,4	1 497,8	1 615,7	1 564,2	1 665,7
Arbeitnehmerentgelt	2 023,6	2 151,1	2 237,0	2 312,9	1 029,2	1 121,9	1 071,5	1 165,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	867,4	962,4	993,1	1 011,5	468,6	493,7	492,8	500,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Primäreinkommen der privaten Haushalte[2]	6,7	4,9	4,0	3,4	5,3	4,4	3,6	4,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	4,3	5,2	4,8	4,3	4,9	5,6	4,4	5,2
Bruttolöhne und -gehälter	5,8	6,5	3,8	3,2	7,3	5,8	4,0	3,6
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	4,1	5,7	3,8	3,2	6,3	5,2	3,9	3,7
übrige Primäreinkommen[4]	10,8	0,1	4,1	3,2	0,7	–0,6	2,1	6,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	3,5	16,4	6,7	3,3	9,6	22,3	15,6	–0,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	6,1	7,0	4,5	3,4	6,1	7,9	5,8	3,3
Abschreibungen	12,1	8,1	5,4	3,4	9,0	7,2	6,1	4,8
Bruttonationaleinkommen	7,2	7,2	4,7	3,4	6,6	7,8	5,9	3,6
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	4,4	7,7	3,7	2,9	7,7	7,7	4,4	3,1
Arbeitnehmerentgelt	5,5	6,3	4,0	3,4	6,9	5,8	4,1	3,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	1,9	11,0	3,2	1,9	9,7	12,2	5,2	1,3
6 Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte[2]								
a) Mrd EUR								
Masseneinkommen	1 660,6	1 775,6	1 850,2	1 910,1	858,8	916,8	897,2	953,0
Nettolöhne und -gehälter	1 118,8	1 200,0	1 247,1	1 274,6	573,2	626,8	597,3	649,8
monetäre Sozialleistungen	688,6	730,6	765,5	807,0	361,7	368,9	379,8	385,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	146,8	155,0	162,4	171,5	76,1	78,9	79,9	82,5
übrige Primäreinkommen[4]	612,9	613,3	638,2	658,7	328,2	285,2	335,1	303,1
sonstige Transfers (Saldo)[5]	–109,1	–105,3	–109,0	–113,0	–55,3	–50,0	–57,0	–52,0
Verfügbares Einkommen	2 164,5	2 283,6	2 379,4	2 455,9	1 131,7	1 152,0	1 175,2	1 204,1
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	63,0	62,6	62,1	61,7	30,3	32,2	30,1	32,0
Konsumausgaben	1 979,3	2 085,5	2 175,3	2 245,7	1 019,5	1 066,1	1 059,7	1 115,7
Sparen	248,2	260,6	266,1	271,8	142,5	118,1	145,7	120,5
Sparquote (%)[6]	11,1	11,1	10,9	10,8	12,3	10,0	12,1	9,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Masseneinkommen	4,0	6,9	4,2	3,2	8,6	5,4	4,5	3,9
Nettolöhne und -gehälter	5,3	7,3	3,9	2,2	9,4	5,4	4,2	3,7
monetäre Sozialleistungen	1,7	6,1	4,8	5,4	6,8	5,4	5,0	4,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,6	5,6	4,8	5,6	5,8	5,4	5,0	4,6
übrige Primäreinkommen[4]	10,8	0,1	4,1	3,2	0,7	–0,6	2,1	6,3
Verfügbares Einkommen	6,3	5,5	4,2	3,2	7,2	3,9	3,9	4,5
Konsumausgaben	10,9	5,4	4,3	3,2	7,0	3,9	3,9	4,7
Sparen	–20,7	5,0	2,1	2,1	6,8	3,0	2,2	2,0

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2023 bis 2025

	2022	2023	2024	2025	2023		2024	
					1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
7 Einnahmen und Ausgaben des Staates[7]								
a) Mrd EUR								
Einnahmen								
Steuern	946,6	954,7	1 000,1	1 039,3	466,2	488,6	489,5	510,5
Nettosozialbeiträge	666,8	705,9	741,1	776,1	342,0	363,9	356,9	384,2
Vermögenseinkommen	17,6	22,1	22,9	23,4	13,0	9,1	13,4	9,5
sonstige Transfers	28,0	29,6	30,4	31,1	13,5	16,2	13,8	16,5
Vermögenstransfers	18,8	18,6	19,4	20,1	8,4	10,2	8,7	10,6
Verkäufe	143,2	156,8	167,3	184,1	74,1	82,7	77,6	89,8
sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 821,2	1 888,0	1 981,3	2 074,3	917,2	970,8	960,1	1 021,2
Ausgaben								
Vorleistungen[8]	593,6	619,9	648,2	676,5	296,6	323,2	314,0	334,1
Arbeitnehmerentgelt	307,9	323,9	339,7	354,6	156,1	167,8	162,7	177,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	26,5	33,4	37,6	41,8	17,4	16,0	19,6	18,0
Subventionen	70,0	66,7	44,9	37,1	41,6	25,1	21,5	23,3
monetäre Sozialleistungen	619,1	659,1	691,9	731,2	326,2	332,9	343,3	348,6
sonstige laufende Transfers	111,4	93,3	97,0	100,1	44,9	48,4	47,5	49,6
Vermögenstransfers	89,7	69,5	69,4	72,4	31,5	38,0	30,3	39,1
Bruttoinvestitionen	100,9	105,5	111,5	117,3	45,3	60,2	47,3	64,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–1,0	–0,8	–0,8	–0,8	–0,4	–0,4	–0,4	–0,4
Insgesamt	1 918,1	1 970,5	2 039,4	2 130,1	959,3	1 011,1	985,9	1 053,4
Finanzierungssaldo	–96,9	–82,5	–58,1	–55,9	–42,1	–40,4	–25,9	–32,2
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Einnahmen								
Steuern	7,7	0,9	4,7	3,9	–0,3	2,0	5,0	4,5
Nettosozialbeiträge	5,5	5,9	5,0	4,7	6,3	5,4	4,3	5,6
Vermögenseinkommen	21,6	25,4	3,7	1,9	42,1	7,4	3,4	4,1
sonstige Transfers	–6,4	5,8	2,5	2,5	11,4	1,5	2,8	2,3
Vermögenstransfers	–3,7	–1,0	3,9	3,9	–5,9	3,5	3,7	4,1
Verkäufe	4,2	9,5	6,7	10,0	10,9	8,2	4,7	8,6
sonstige Subventionen	–	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	6,3	3,7	4,9	4,7	3,5	3,8	4,7	5,2
Ausgaben								
Vorleistungen[8]	6,3	4,4	4,6	4,4	3,2	5,6	5,9	3,4
Arbeitnehmerentgelt	4,3	5,2	4,9	4,4	4,9	5,4	4,2	5,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	25,8	26,1	12,4	11,1	38,0	15,2	12,5	12,3
Subventionen	–35,9	–4,6	–32,7	–17,3	45,7	–39,4	–48,3	–6,9
monetäre Sozialleistungen	1,5	6,5	5,0	5,7	7,3	5,7	5,2	4,7
sonstige laufende Transfers	21,3	–16,3	4,0	3,1	2,7	–28,5	5,8	2,3
Vermögenstransfers	36,6	–22,5	–0,1	4,3	34,5	–42,7	–3,7	2,9
Bruttoinvestitionen	9,0	4,6	5,7	5,2	6,1	3,5	4,4	6,6
Nettozugang an nichtprod Vermögensgütern	–	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	4,1	2,7	3,5	4,5	7,7	–1,6	2,8	4,2
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP: Finanzierungssaldo des Staates	–2,5	–2,0	–1,3	–1,2	–2,1	–1,9	–1,2	–1,5

[1] Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde
[2] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck
[3] Einschließlich Nettozugang an Wertsachen
[4] Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen
[5] Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers
[6] Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche)
[7] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung
[8] Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2023: Prognose des IWH.

Impressum

Herausgeber:
Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Michael Koetter, Ph.D.
Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion
Stefanie Müller-Dreißigacker, M. A.
Layout und Satz: Franziska Exß
Tel +49 345 7753 720
Fax +49 345 7753 718
E-Mail: stefanie.mueller@iwh-halle.de

Verlag:
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.
Titelbild: Ben Allan @ballonandon, www.unsplash.com
Konjunktur aktuell, 11. Jahrgang
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 07.09.2023
ISSN 2195-8319

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird in unseren Beiträgen eine geschlechtsspezifische Differenzierung nicht durchgehend berücksichtigt. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung für alle Geschlechter.

Leibniz Gemeinschaft

Das IWH wird von Bund und Ländern gefördert.